

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Sifskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 39 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 S., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 3. Dezember 1892.

Inserate die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Metallarbeiterverhältnisse in Nordbömen.

II.

Von den 4097 Arbeitern beider Geschlechter, die bei der Erzeugung von Metallen und Metallwaaren sich im Dezember 1888 bethiätigten, waren bloß 8 über 70 Jahre alt, so daß unter je 500 Einer nur sich des Genusses der Altersrente erfreuen könnten, wäre Nordböhmen so glücklich, einen Theil des gesegneten Landes der Sozialreform zu bilden. Unter 20 Jahre alt waren dagegen 1206, also fast 30 Prozent sämtlicher Arbeiter, 1215 waren zwischen 20 bis 30 Jahre alt, demnach war weit über die Hälfte, knapp 3/5 sämtlicher Arbeiter jünger als 30 Jahre, 881, nur noch 21 Prozent, waren 30—40 Jahre alt, 493, nur etwas über 12 Prozent, 40—50, 195, nicht einmal 5 Prozent, 50—60 und 75, nicht ganz 2 Prozent, über 60 Jahre alt. Diese Zahlen illustriren die Abnahme der Arbeitskraft oder vielleicht richtiger gesagt, einerseits die starke Sterblichkeit der Arbeiter, andererseits den raschen Verbrauch der Kräfte der Arbeiter, aber auch die große Konkurrenz der jugendlichen Arbeitskraft, deren übergroßes Angebot es den Unternehmern sehr erleichtert, auf die Verwendung nicht mehr ganz vollkräftiger älterer Arbeiter zu verzichten.

Interessant ist es auch, zu sehen, wie lange die Arbeiter in einer Fabrik thätig waren. Noch kein ganzes Jahr war dies der Fall bei 1186 oder von je 1000 bei 289, 1—2 Jahre in derselben Fabrik waren beschäftigt 636 oder von je 1000 155, 2—5 Jahre 953 oder von je 1000 233, 20—40 und mehr Jahre waren in der gleichen Fabrik beschäftigt bloß 170 von 4097 Arbeitern oder von je 1000 bloß 41.

Von den 1099 bei der Bezeichnung von Maschinen, Werkzeugen, Apparaten, Instrumenten zc. Beschäftigten war bloß 1 über 70 Jahre alt, 22 waren 60—70, 59 50—60, 112 40—50, 189 30—40, 345 20—30 und 301 unter 20 Jahre alt, demnach zeigt sich hier die gleiche Erscheinung wie bei der vorgenannten Gruppe. Das gleiche gilt auch von der durchschnittlichen Arbeitszeit in demselben Etablissement, ja das Verhältnis ist hier selbst noch etwas ungünstiger. Bei der ersten Gruppe blieben die Arbeiter im Durchschnitt 5 1/10, hier nur noch 4 1/5 Jahre in der gleichen Fabrik thätig, noch nicht ein Jahr waren 338 oder 308 von je 1000 Arbeitern, 1—2 Jahre 164 oder 149 von je 1000 Arbeitern, 2 bis 3 Jahre 111 oder 101 von je 1000 Arbeitern in derselben Fabrik thätig, 3 bis 10 Jahre waren bloß noch 272 von je 1000 Arbeitern, 10—25 Jahre waren nur noch 102 von je 1000 Arbeitern und 25—40 und noch mehr Jahre bloß noch 17 von je 1000 Arbeitern in derselben Fabrik beschäftigt.

Betrachten wir nun die Lohnverhältnisse, vor allem der mit der Erzeugung von Metallen und Metallwaaren sich be-

fassenden Arbeiter. Der durchschnittliche Wochenlohn der männlichen Arbeiter überhaupt beträgt ca. 15 M. und derselbe ohne Zurechnung der jugendlichen Arbeiter 16 M., der durchschnittliche Wochenlohn der weiblichen Arbeiter beträgt ca. 5 1/4 M. und ohne Zurechnung der jugendlichen Arbeiter etwas über 5 1/2 M. Der durchschnittliche Arbeitslohn der männlichen Arbeiter betrug in den Eisenglebereien ca. 13 1/2 M., in den Walzwerken etwas über 21, in der Stahlwaarenherstellung etwas über 9, in der Schlosserei ca. 11, in der Drahtnägels-, Bleiwaaren- und Blitzlampenerzeugung über 13, in der Kupferschmiederei ca. 14, in der Bronzewaaren- und Schirmbestandtheilerzeugung über 6 1/2, in der Metallknopffabrikation gegen 12 M. in der Woche. Der durchschnittliche Wochenlohn der Frauen betrug in den Walzwerken ca. 9 1/4, in der Stahlwaarenherzeugung ca. 5 M., fast ebensoviel in der Bronzewaaren- und Schirmbestandtheilerzeugung, fast 5 1/2 M. in der Metallknopffabrikation, nicht ganz 7 M. bei der Drahtnägels-, Bleiwaaren- und Blitzlampenerzeugung.

Die durchschnittliche Arbeitsdauer der Arbeiter in den Fabriken dieser Branchen war sehr verschieden, sie betrug 13 3/5 Jahre in der Stahlwaarenherzeugung, 10 3/5 Jahre in der Kupferschmiederei, 5 4/5 Jahre in der Eisengleberei, 4 7/10 Jahre in den Walzwerken, 3 1/5 Jahre in der Metallknopffabrikation, 3 1/5 Jahre in der Bronzewaaren- und Schirmbestandtheilerzeugung, 2 3/5 Jahre in der Schlosserei, und bloß 2 1/10 Jahr in der Drahtnägels-, Bleiwaaren- und Blitzlampenerzeugung.

Interessant ist ein Vergleich der Lohnverhältnisse nach der Arbeiterzahl, die in den Fabriken beschäftigt. In dreizehn Fabriken mit je unter 50 Arbeitern war der durchschnittliche Wochenlohn der männlichen Arbeiter ca. 10 1/2 M., er betrug ca. 11 1/2 M. in den 12 Fabriken, die im Durchschnitt 50—100 Arbeiter beschäftigten, ca. 13 1/2 M. in den 10 Fabriken, die 100—400 Arbeiter beschäftigten, und fast 20 M. in der einen Fabrik, die ca. 1000 Arbeiter beschäftigte.

Bei den Arbeiterinnen war diese auf dem ersten Blick sehr auffallende Erscheinung nicht in der gleichen Regelmäßigkeit zu Tage getreten. Der Wochenlohn der Arbeiterinnen betrug wohl in den kleinsten Fabriken ca. 6 1/4, in den größten 12 1/4 M., blieb aber in den mittleren Fabriken mit ca. 6 M. unter dem Lohnsage der kleinsten Fabriken zurück.

Interessant ist auch der Vergleich der Akkord- und Zeitlöhne. Pro Woche betrug der durchschnittliche Akkordlohn in dieser Gruppe ca. 17 M., während der Zeitlohn bloß 11 1/2 M. betrug; bei den Frauen war der Unterschied geringer, es betrug der Akkordlohn und der Zeitlohn nur etwas über 5 M., der Akkordlohn war höher als der Zeitlohn, aber bloß um knapp 10 S. Wenn wir die jugendlichen Arbeiter von diesem Gesichtspunkte

aus betrachten, so betragen die Akkordwochenlöhne der noch nicht 15jährigen 6 M., die Zeitlöhne nicht ganz 4 1/4 M., und bei den Arbeiterinnen gleichen Alters betrug der Akkordlohn etwas über 4 M., der Zeitlohn etwas über 3 1/2 M. pro Woche.

Aber nicht bloß bezüglich der jugendlichen Arbeiter zeigen sich große Unterschiede in der Lohnhöhe. Der Akkordlohn der 15—20jährigen betrug ca. 11 1/2, der 21—25jährigen etwas über 15 M., der 26—50jährigen 18—20 M., der über 50 Jahre alten Arbeiter sinkt dann von 15 1/2 auf 8 1/2 M. Bei den Zeitlöhnen sind die Unterschiede nicht so groß, der Wochenlohn betrug bei den 15—20jährigen 8 M., bei den 21 bis 25jährigen etwas über 11 M., bei den 26—55 Jahre alten blieb der Lohn ziemlich gleichmäßig zwischen 13 1/2 und 14 3/4 M., der Lohn der über 55 Jahre alten Arbeiter sank bis unter 12 M. Bei den Arbeiterinnen waren die Schwankungen nicht so bedeutend, wir unterlassen deshalb auf sie einzugehen.

Bei der Erzeugung von Maschinen, Werkzeugen, Apparaten zc. betrug der Durchschnittslohn etwas über 11 M., der der erwachsenen Arbeiter allein fast 12 M., der durchschnittliche Wochenlohn der Arbeiterinnen betrug ca. 5 1/2 M. Bei den einzelnen Branchen differirten die Löhne nicht unbeträchtlich, so wurden gegen 10 M. im Schiffbau, 11 1/2 bis etwas über 12 M. bei der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen, Strickmaschinen, Webebäumen, Pumpen, Feuersprigen und in den Maschinenfabriken, 13 1/2 M. in der Kragenfabrikation und 14 M. in der elektrotechnischen Maschinenfabrik bezahlt. Die Löhne der Arbeiterinnen wichen in den einzelnen Branchen nur unwesentlich von dem Durchschnitte ab. Noch mehr wich die Durchschnittszeit, welche die Arbeiter in einem Etablissement verbrachten, in den einzelnen Branchen von einander ab, sie betrug nur 1 1/5 Jahr in der elektrotechnischen Maschinenfabrik, 3 3/5 Jahre bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen, Webebäumen, Strickmaschinen, Feuersprigen und Pumpen, fast 5 Jahre in der Maschinenfabrikation, fast 7 Jahre in der Kragenfabrikation und fast 8 Jahre beim Schiffbau.

Auch bei dieser Gruppe bleiben die Zeitlöhne weit hinter den Akkordlöhnen zurück. Bei den männlichen Arbeitern betrug der durchschnittliche Wochenlohn bei den Zeitarbeitern 10 1/3 M., bei den Akkordlöhnen dagegen 13 3/5 M. Bei den weiblichen Arbeitern, deren Verhältnisse aber ihrer geringen Zahl wegen (es waren bloß 47 in dieser Gruppe thätig) nicht typisch sind, zeigte sich die Ausnahmeerscheinung, daß die Zeitlöhne, welche im Durchschnitt 5 2/3 M. betragen, um eine Kleinigkeit höher waren, als die Stücklöhne, welche bloß 5 1/4 M. betragen.

Wir gehen vorerst wenigstens auf weitere Einzelheiten dieser trotz ihrer Einseitigkeit sehr interessanten und wie rück-

haltlos anerkannt werden darf, von wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, sich durch ihre treffliche Verarbeitung der Aufnahme auszeichnenden Arbeiterstatistik nicht weiter ein.

Wenn wir die hier angeführten Daten zusammenfassen wollen, so muß wohl zugestanden werden, daß dieselben, wenn wir selbst jede Schönfärberei als ausgeschlossen betrachten wollen, tieftraurige sind. Bei Durchschnittslöhnen von 5 bis 15 M. mögen sich Chinesen und Chinesinnen wohl befinden können, nicht aber mittel-europäische Arbeiter und Arbeiterinnen. Wenn man dazu noch in Erwägung zieht, daß die Metallarbeiterlöhne in Nordböhmen nicht etwa ausnahmsweise schlechte, sondern weit über den Durchschnitt gute sind, daß die große Masse der Textilarbeiter und der Arbeiter anderer Industrien mit noch weit geringeren Löhnen sich begnügen müssen, dann wird man wohl begreifen, daß Nordböhmen ein Zentrum sozialer Unzufriedenheit, eine der Hauptfestungen der österreichischen Sozialdemokratie ist. Wenn man von gewerkschaftlichen Kämpfen aus jener Gegend nicht allzuviel hört, so erklärt sich dies aus der Willkürherrschaft der Polizei und der Gerichte in jener Gegend, wo wegen Besitzes einer Arbeiterzeitung Untersuchungen wegen Geheimbündelerei eröffnet und die Beschuldigten in Ketten nach Prag geschleppt werden. Trotz alledem und alledem macht aber auch in Nordböhmen die Arbeiterbewegung rasche Fortschritte.

Die Berechtigung für tiefgehende Unzufriedenheit der nordböhmerischen Arbeiterschaft kann nichts schlagernder nachweisen, als die Seitens der Reichsberger Handels- und Gewerbekammer veröffentlichte Arbeiterstatistik.

Von den Koalitionen der Eisenarbeiter in Eng. and.

I.

Wir haben in dem vorangehenden Artikel darauf hinzuweisen Gelegenheit gehabt, daß die Geschichte der Arbeiterkoalitionen in England den Beweis liefert, daß die Bildung von Arbeiterverbindungen durch keinerlei gesetzliche und polizeiliche Mittel zu verhindern ist und daß es ferner ebenso sehr im grob-materiellen Interesse der Unternehmerschaft liegt, den gewerkschaftlichen Vereinigungen ihrer Arbeiter gar keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Es handelt sich bei dem Entstehen solcher Arbeiterkoalitionen um das Wirken von Elementargewalten, denen weder die Arbeiter selbst noch die Unternehmer, noch endlich auch der Staat irgend welchen dauernd erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen im Stande ist. Die Arbeiter treibt die Noth und die übermächtige Ausbeutung der Unternehmer und ihre eigene, der Arbeiter wachsende Einsicht in die Arbeitsverhältnisse, oder auch nur das dumpfe Gefühl ihrer Klassenlage. Hier sind es zunächst einige Wenige, die sich zusammenscharen,

dort sind es Hunderte oder Tausende, überall aber, wo solche Arbeitervereinigungen sich bilden, erweisen sie sich mehr und mehr nützlich und förderlich für Schaffung wenigstens etwas besserer, etwas weniger trostloser, etwas milder den beim unfehlbaren Ruins der Industrie selbst in sich tragender Produktionsbedingungen. Ob solche Arbeiterkoalitionen das Ziel der Arbeiterbewegung sein sollen, oder nur Mittel zu einem weit höher gesteckten Ziele, darüber liegen die Sozialreformer und wir Sozialdemokraten in dem prinzipiell jede Vereinbarung ausschließenden Streit. Daß aber die wirtschaftlichen Arbeiterverbindungen unumgänglich notwendig sind, darüber sind heutzutage alle, die von sozialpolitischen Dingen eine Ahnung haben, vollkommen einig.

Für diesmal wollen wir von den Arbeiterverbänden reden, welche von den Eisnarbeitern in England gebildet worden sind und uns die Erfahrungen vor Augen führen, die Arbeiter und Unternehmer mit ihnen gemacht haben.

Von den in England mit der Verarbeitung von Eisen beschäftigten Gewerbetreibenden Dr. v. Schulze-Gävernitz*) im Jahre 1890 berichten, daß bei ihnen die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern in dem Grade „befriedigend und friedlich“ seien, als die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter vorgeschritten seien. Auch für England konnten also die Vertreter der herrschenden Wissenschaft nirgend die Arbeiter als die Störer des „sozialen Friedens“ bezeichnen, vielmehr sind sie zu dem Bekenntnis gezwungen, daß gerade die größten Unternehmer, wie z. B. der „englische Krupp“, die Firma Armstrong, die Nährväter des wirtschaftlichen Krieges sind, indem sie, pochend auf ihre wirtschaftliche Macht, den Arbeiterverbindungen die Anerkennung versagen. In England kommt demnach bei den kapitalmächtigsten Unternehmern gerade so das brutal-egoistische Progenthum zum Ausdruck, wie in Deutschland bei den Krupp, Stumm, Baare und ihren plutokratischen Konjunkten.

Weg weitest Kind das Industriekapitalistenthum ist, geht mit besonderer Deutlichkeit aus dem hervor, was Dr. v. Schulze-Gävernitz über die Sheffielder Stahlfabrikanten zu berichten weiß. Bei einer großen Anzahl von Einrichtungen der Sheffielder Stahlklingenfabrikation besteht nämlich kein Schutz gegen das Einströmen ungelernter Arbeit, und zwar deswegen, weil das „ethische Moment“, auf welches die Herren Sozialreformer vom Schlage der Lugo Brentano, Schulze-Gävernitz usw. den Arbeitern gegenüber solches Gewicht zu legen pflegen, bei den Herren Unternehmern gar nicht in Betracht kommt. Dieselben lassen in ihre Gewerbetriebe zum Zwecke der Ausbeutung und Niederhaltung der gelernten Arbeiter gelegentlich ohne Weiteres ungelernete einströmen, und sie können das thun, weil die Art ihrer Fabrikation die gelernte Arbeit entbehrlich macht. Ebenso benutzen sie diese besondere Art ihrer Fabrikation, um die Arbeiter an Lohnfestsetzungen, die ihre Lage verbessern könnten, zu verhindern. Da jeder Unternehmer der Sheffielder Stahlklingenfabrikation seine besondere Waare macht, so wechseln oft die in vielen Fällen geheim gehaltenen Modelle und es finden immerfort Veränderungen in der Beschaffenheit der Erzeugnisse statt, so daß der Lohn beinahe für jede Arbeit besonders ausgemacht werden muß und dem einzelnen Arbeiter überlassen bleibt, sich dabei mit seinem Fabrikanten zu stellen so gut es eben geht. Das Resultat ist natürlich immer, daß der Unternehmer in der Lohnbewegung macht, was er will. So sagte z. B. einer der Shef-

fielder Stahlwaarenfabrikation zu Dr. v. Schulze-Gävernitz, es existierten in seinem Gewerbe sehr alte Lohnlisten, die älteste stamme aus dem Jahre 1817, aber, fügte er trocken hinzu, „wir bezahlen selten, was darin steht“. Bei solchen Umständen konnte die Gewerkschaft keine Geltung gewinnen und nicht florieren, sie umfaßte nur einen verhältnismäßig kleinen Theil der Arbeiter und hatte für alle somit nur eine sehr geringe Bedeutung. In Folge dessen war die Lage der Sheffielder Stahlklingenarbeiter stets eine sehr ungünstige und Lohnstetigkeiten, Arbeitsausstände usw. waren und blieben auf diesem Gebiete der englischen Industrie an der Tagesordnung. Die Arbeiter haben allerdings auch in Sheffield sich redliche Mühe gegeben, mit den Unternehmern in befriedigende Beziehungen zu kommen, indem z. B. im Jahre 1888 die Sheffielder Gewerkschaft der Handelskammer den Vorschlag machte, durch Einrichtung gemeinsamer Ausschüsse von Unternehmern und Arbeitern, wie sie in den meisten übrigen Gewerken in England bestehen, die so oft ausbrechenden Streitigkeiten zu verhindern, weil diese ja doch Verluste auch für die Unternehmer herbeiführen. Die Arbeitgeber haben aber diesen Vorschlag rundweg abgelehnt mit der Motivierung, er sei „unpraktisch“. Naiver Weise findet Dr. v. Schulze-Gävernitz diesen Vorschlag berechtigt, weil ja doch für die einzelnen Arbeiter in der Sheffielder Stahlfabrikation ein allgemeiner Maßstab nicht existiere und jeder Unternehmer, dem die Entscheidungen solch' eines gemeinsamen Ausschusses nicht konveniren sollten, Nichtgewerkschaftsarbeiter in beliebiger Anzahl heranziehen könne. Korpsgeist, Unternehmernmoral, ja das einfachste Unstandsgelübe, welches die Unternehmer doch dazu anhalten müßte, sich den Entscheidungen eines Ausschusses zu unterwerfen, in dem ihre eigenen Vertrauenspersonen sitzen, das alles spielt nach unseren ethischen Sozialreformern, die ihre Pappenheimer kennen, bei den Unternehmern gar keine Rolle, während sie nicht umhin können, zuzugestehen, daß sich diese Eigenschaften in hohem Maße überall bei den Arbeitern betheiligen. Ueberall da aber, wo eine minder geübte und zahlreiche Reservearmee den Unternehmern nicht zur Verfügung stand, wo sie auf die gelernten Arbeiter angewiesen und durch ihr eigenes Interesse gezwungen worden sind, sich mit ihren Arbeitern zu vertragen, da sind innerhalb der englischen Eisenindustrie starke Arbeiterorganisationen entstanden, so z. B. die im Jahre 1809 gegründete Gesellschaft der Eisengießer, welche im Jahre 1890 gegen 13,000 Mitglieder zählte. Bei ihnen greift der Gewerksverein bei allen Streitfällen regelnd und ausgleichend ein. Wenn ein Arbeiter sich ungerecht behandelt, ungenügend bezahlt oder sonstwie durch den Unternehmer geschädigt glaubt, hat er sich nach dem bei der Gesellschaft der Eisengießer herrschenden Brauche zunächst an den Unternehmer direkt zu wenden. Erlangt er dadurch nicht Abstellung seiner Beschwerden, so hat er die Sache dem Vorstehenden seines Zweigvereins vorzutragen, der sie der Generalversammlung zum Beschlusse unterbreitet, bei der der Beschwerdeführer „nicht“ mitstimmen darf. Aber auch wenn dieser Schritt ohne Erfolg ist, bleiben die Arbeiter ruhig in Arbeit, indem sie den Fall ihrem Zentralausschuß, der in London seinen Sitz hat, übergeben. Dieser sendet gewöhnlich einen Untersuchungsausschuß an Ort und Stelle, um die Beschwerde zu prüfen. Erst wenn er die Angaben als thatsächlich begründet betrachtet, ordnet der Zentralausschuß örtlichen Ausständen an, den er ebenso selbständig, wenn es ihm gut scheint, wieder beenden kann, ohne die ausständigen Arbeiter zu fragen.

In Fragen der Erhöhung der Löhne, verhandelt der Gewerksverein in so wohl ernster wie rücksichtsvoller Weise mit den Unternehmern, die ihrerseits bei ungünstiger Geschäftslage an die Gewerkschaft herantreten, um sie zu bewegen, ihren Einfluß bei den Arbeitern auszuüben, daß diese sich gutwillig eine Lohnverminderung gefallen lassen. Die Anpassung der Löhne an den jeweiligen Stand des Gewerbes ist die Hauptaufgabe dieser Gewerksvereinigungen der englischen Arbeiter. Sie klären durch jährliche und monatliche Berichte die Arbeiter über die Lage des Gewerbes im Allgemeinen und der einzelnen Betriebe im Besonderen auf und knüpfen daran die zugehörigen Folgerungen.

Die Arbeitslosenstatistik.

In verschiedenen deutschen Städten beschloßen die organisierten Arbeiter in der letzten Zeit, den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit statistisch festzustellen. Solche Beschlüsse sind in Berlin, Breslau, Köln a. Rh., Dresden, Fürth und Mannheim gefaßt. In Hamburg ist eine solche statistische Aufnahme bereits Mitte Oktober dieses Jahres unternommen worden, doch ist es bis jetzt bei dem Umfange des Materials noch nicht möglich gewesen, das Resultat der Statistik veröffentlicht zu können. In letzterem Orte wurde die Statistik mit der ausgesprochenen Absicht aufgenommen, den hamburgischen Staat zu veranlassen, dem in Folge der Choleraepidemie eingetretenen Nothstand durch Zuangriffnahme von Staatsarbeiten abzuwehren. Die durch die Epidemie gegebenen besonderen Verhältnisse erforderten, daß eine Reihe Fragen, die mit der Feststellung der Arbeitslosigkeit nicht unbedingt im Zusammenhang stehen müssen, an die Arbeiter gerichtet wurden. Dieser Umstand, sowie auch der, daß es den Hamburger Arbeitern nicht möglich war, die Einrichtungen für diese Statistik in Versammlungen nach allen Seiten erwägen zu können, sowie ferner die Nothwendigkeit, die Feststellung möglichst schnell zu machen, brachten es mit sich, daß die getroffenen Einrichtungen sich nicht als vollkommen zweckmäßig erwiesen. Trotzdem wird aber die in Hamburg aufgenommene Statistik, soweit sich das gegenwärtig übersehen läßt, ihren Zweck nicht verfehlen und das unter der Arbeiterbevölkerung vorhandene Elend in voller Deutlichkeit zeigen, sowie wesentlich zur Bereicherung des statistischen Materials beitragen. In den anderen Orten ist der Beschluß, eine solche Statistik aufzunehmen, größtentheils in Folge eines in Nr. 1 des „Sozialpolitischen Zentralblattes“ veröffentlichten, von Dr. M. Braun verfaßten Artikels gefaßt worden.

Die Bedeutung derartiger statistischer Aufnahmen ist keineswegs zu unterschätzen. Sehen wir davon ab, daß solche Feststellungen ein ausgezeichnetes Agitationsmittel bieten und die Unzweckmäßigkeit unserer heutigen Gesellschaftsordnung im besten Lichte zu zeigen vermögen, so werden wir noch eine ganze Reihe Punkte finden, die uns die Aufnahme solcher Statistiken wünschenswerth und nutzbringend erscheinen lassen. Das Hauptgewicht wird allerdings darauf gelegt werden, daß wir, mit diesem Material ausgerüstet, mit nicht wegzuleugnender Berechtigung an die maßgebenden Körperschaften die Forderung stellen können, durch Beschaffung von Arbeit dem Elend abzuwehren und einer Epidemie, wie sie in Hamburg geherrscht hat, vorzubeugen.

Unsere Gesellschaft, oder richtiger, deren Vertreter, sind im Abwaguen der Thatfachen, im Verdrehen und Vertuschen aber Meißler und daher wird, wenn der beabsichtigte Zweck vollkommen erreicht werden soll, eine einmalige Aufnahme nicht ausreichend sein, sondern diese muß in bestimmten Perioden wiederholt werden.

So sind wir fest überzeugt, daß die Hamburgische Bourgeoisie einfach erklären wird, daß möglicherweise am Tage der Aufnahme der Statistik eine Arbeitslosigkeit, wie sie festgestellt worden ist, vorhanden war, daß aber gegenwärtig die Verhältnisse sich gebessert haben. Diesen Einwand würden wir befeitigen können, wenn wir in bestimmten Zwischenräumen die Aufnahme wiederholen würden. Doch nehmen wir die gute Seite, setzen wir einmal voraus, die herrschende Klasse findet sich bereit, durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit der äußersten Noth Einhalt zu thun, so würden damit die aufgewandte Kraft, sowie die nicht unbedeutenden Mittel voll auf angewogen werden. Ausdrücklich erklären wir, daß wir keineswegs daran glauben, daß eine solche Umwandlung unserer Bourgeoisie etwa aus Mitleid für das nothleidende Volk kommen würde, sondern daß nur die Furcht vor der Gefahr, daß das Elend zu ansteckenden Krankheiten führen und so auch den gegen die Noth geschützten Kreisen gefährlich werden könnte, sie zur Nachgiebigkeit veranlassen wird. Bis jetzt ist es nur diese Furcht, oder auch die Sorge, das hungernde Volk könnte sich durch ungesetzliche Handlungen die nöthigen Nahrungsmittel verschaffen, gewesen, was unsere egoistischen und hartherzigen Bourgeois zu einzelnen völlig unzulänglichen Zugeständnissen bewegen hat.

Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß eine wirklich zuverlässige und umfassende Arbeitslosenstatistik nur mit Hilfe der Staats- oder Kommuneverwaltungen erzielt werden kann. Leider muß auch hier, wie in vielen anderen Dingen die Arbeiterschaft die Verhältnisse jener herrschenden Gewalten nachzuholen suchen. Erst wenn die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit bestimmter Maßnahmen durch die Arbeiter festgestellt ist, erst dann können die dazu in erster Linie berufenen Organe nachgehinkt. So werden auch hier die Arbeiter erst den Weg zeigen müssen, ehe unsere Staats- oder Stadtkörper sich bequemen, ihre Pflicht zu erfüllen.

Halten wir nach dem Gesagten diese statistischen Aufnahmen für nutzbringend und zweckmäßig, so wollen wir doch keineswegs durch diese Ausführungen Veranlassung geben, daß allgemein dem Vorgehen der genannten Städte gefolgt und in allen größeren Städten in Deutschland eine solche statistische Aufnahme in Szene gesetzt wird. Nicht etwa, daß wir glauben, die Arbeitslosigkeit wäre an anderen Orten geringer oder das Bedürfnis, dieselbe festzustellen, weniger vorhanden, sondern weil mit diesen Feststellungen ein neues Gebiet betreten wird, auf dem noch nicht die nöthigen Erfahrungen gesammelt sind. Es wird gerathen erscheinen, erst einmal abzuwarten und zu prüfen, in welchem Verhältnisse die gewonnenen Resultate zu den aufgewandten Mitteln stehen.

Die Aufnahme einer solchen Statistik erfordert bedeutendere Aufwendung von Geldmitteln, als dies auf den ersten Augenblick erscheinen mag. Die Kosten einer statistischen Aufnahme über die Arbeitslosigkeit werden sich nach ungefähre Berechnung, die absolut keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit machen kann, für je 1000 Einwohner eines Ortes auf 4 Mk stellen. Darnach ließe sich annähernd feststellen, wie viel Mittel für einen Ort vorhanden sein müssen, um eine statistische Aufnahme veranstalten zu können. Wir halten es für unsere Pflicht, soweit als irgend möglich anzugeben, in welcher Weise diese statistischen Aufnahmen am zweckmäßigsten einzurichten sind, um erfolgreich zu werden. Durch einige falsche Maßnahmen kann oft der Werth einer solchen Aufnahme stark beeinträchtigt oder doch die Zusammenstellung des Resultates sehr erschwert werden.

Vor einigen Tagen hatten die Genossen, welche in den genannten Orten mit den Vorarbeiten der statistischen Aufnah-

*) Zum sozialen Frieden II. Bd. S. 413 bis 402.

men betraut sind, Gelegenheit, zusammen zu kommen und ihre Meinungen über die Art und Weise, in der die Erhebung erfolgen soll, um erfolgreich zu sein, auszutauschen. Das Resultat dieser Verhandlung wollen wir kurz hier wiedergeben, damit in allen Orten, in denen die Aufnahme einer solchen Statistik erfolgen soll, möglichst einheitlich gearbeitet wird.

Als Zeitpunkt, an welchem die Aufnahme zu erfolgen hat, wurde die dritte Woche des Januar als geeignet erkannt. Im Dezember pflegt selbst während der ungünstigsten Konjunktur ein etwas lebhafterer Geschäftsgang einzutreten. Ein großer Teil der Arbeiter, welcher in den Monaten vorher vielleicht beschäftigungslos war, findet für kurze Zeit Arbeit. Das Resultat der statistischen Aufnahme würde demnach keineswegs die wahre Sachlage erkennen lassen. Kurz nach Weihnachten werden wohl die nur für kurze Zeit herangezogenen Arbeiter wieder entlassen, doch finden zu dieser Zeit in den meisten größeren Fabriken Inventuraufnahmen statt. Auch die Arbeiter, welche in Folge dieser Inventuraufnahme nur einige Tage beschäftigungslos sind, würden gleichfalls in der Statistik als arbeitslos geführt werden müssen. In der dritten Woche sind gewöhnlich die Inventuraufnahmen beendet. Hier also würden wir erst die Situation durch die statistische Aufnahme sicher und klar zeichnen können. Deswegen ist zu empfehlen, zur Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik die dritte Woche im Januar zu wählen.

Die Aufnahme soll in der Weise erfolgen, daß ein Flugblatt und eine Fragekarte in jede Wohnung des Ortes getragen wird. Das Flugblatt müßte eingehend den Werth der Statistik schildern, sowie eine Anleitung zur Ausfüllung der Fragekarte geben. Besonders ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeiter ungenirt ihre Angaben machen können, da das, was sie aussagen, nur unter den Arbeitern bleibt, die keine Ursache haben, das Material anders als im Interesse der Arbeiter zu verwerthen.

Bei der Aufstellung der Fragen ist besonders zu beachten, daß nicht zu viel gefragt wird. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß man bei Statistiken am wenigsten erfährt, wenn man zu viel fragt. Werden zu viel Fragen gestellt, so wird die Verarbeitung des Materials zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Bei dem Zweck, der mit der Aufnahme einer Statistik über die Arbeitslosigkeit beabsichtigt wird, ist es aber notwendig, die gewonnenen Resultate möglichst schnell bekannt zu geben. Einfach und kurz müssen die Fragen sein. Als notwendige Fragen werden die nachstehenden gelten müssen:

- Fragekarte.
1. Wohnung?
 2. Vor- und Zuname?
 3. Alter? . . Jahre.
 4. Ledig oder verheirathet?
 5. Art der letzten Beschäftigung?
 6. Seit wann arbeitslos?
 7. Bei wem zuletzt in Arbeit gewesen? Straße Nr.
 8. Ist die Arbeitslosigkeit durch Krankheit verursacht?
 9. Trägt die Frau im Allgemeinen durch ihren Verdienst zum Unterhalt der Familie bei?
 10. Hat sie hierzu jetzt Gelegenheit?

11. Name der Kinder unter 14 Jahren?	Alter?	Art der Beschäftigung?	Jetzt beschäftigt?

12. Andere zu unterstützende Personen (Eltern, Verwandte)?

Die Fragen müßten in der vorstehenden Weise untereinandergelegt werden, weil sie so dem Aussteller die Arbeit bedeutend leichter machen, als wenn sie nebeneinander ständen.

Die Frage 11. könnte bedeutend ver-

einfacht werden. Es würde genügen zu fragen: Wie viel Kinder unter 14 Jahren? . . Wie viel davon beschäftigt? . . Damit würde den Ausstellern die Beantwortung erleichtert. In den größeren Städten müssen die Kinder schon im Alter von 7—14 Jahren zum Unterhalte der Familie durch Zeitungs- und Probenastragen und dergleichen beitragen. Es ist nun von ungemeinem Werthe, festzustellen, in welchem Alter die Kinder, durch die Noth der Eltern getrieben, schon ausgehrent werden. Die etwas schwierige Arbeit wird reichlich durch den Einblick, den wir dadurch in unsere sozialen Verhältnisse erhalten, aufgewogen. Auf der Rückseite der Karte könnte nochmals kurz angedeutet werden, wie die Fragen zu beantworten sind.

Wir sprechen von einer Fragekarte, während allgemein üblich von Fragebogen die Rede ist. Es wird sich aber für die Zusammenstellung der Statistik notwendig machen, die Karte aus Kartonpapier herzustellen zu lassen. Die größeren Kosten werden reichlich durch die Erleichterung bei der Zusammenstellung aufgewogen. Die mehrfachen Sortirungen nach Berufen, Alter, Familienverhältnissen u.s.w. machen es notwendig, daß die Karten wiederholt in die Hand genommen werden. Daß dies bei einem solchen Vorgehen umständlicher ist als bei einer festen Karte, liegt klar auf der Hand. Es mag dies nicht als so bedeutungsvoll erscheinen und doch liegen die größten Vortheile darin.

Die Organisation der Aufnahme wird am zweckmäßigsten in folgender Weise erfolgen: Zunächst wird ein Zentralkomitee gebildet. Dieses theilt die Stadt in eine entsprechende Anzahl Bezirke ein. Hierbei wird die für die Reichstags- oder Stadtverordnetenwahlen gegebene Abgrenzung der Bezirke am geeignetsten benutzt werden können. Für jeden Bezirk wird ein Vertrauensmann ernannt. Dieser hat festzustellen, wie viel Wohnungen in seinem Bezirk sind, event. auch wie viel Arbeiterfamilien in demselben wohnen. Nach dieser Feststellung hat er bei dem Zentralkomitee die entsprechende Anzahl Flugblätter und Karten zu bestellen sowie die Zahl der Leute zu bestimmen, die bei dem Austragen und Einholen der Bogen thätig sein müssen. Hierbei ist zu beachten, daß nicht zu wenig Leute angenommen werden. Das Austragen der Flugblätter und Fragekarten wird wohl rascher von Statken gehen, das Einholen der Karten aber um so umständlicher sein. Nothwendig erscheint es aber, daß Derjenige, welcher die Karten austrägt, sie auch wieder einholt, weil er die Wohnungen seines Reviers schon kennt. Die Arbeit des Einholens der Karten erscheint ja im ersten Augenblick überaus leicht, und doch wird bei der Auswahl der Leute hierzu einige Vorsicht angewandt werden müssen. Manchem ist es trotz allen guten Willens nicht möglich, den Leuten, die sie zur Anfertigung der Karten veranlassen sollen, die Sache genügend klarzulegen, Anderen mangelt es an der nöthigen Gewandtheit im Schreiben. Diese ist aber absolut nöthig, weil sonst das Einholen der Karten sich ungeheuer verzögern würde.

Nachdem diese Vorbereitungen getroffen sind, erfolgt an einem bestimmten Tage in der ganzen Stadt die Ausgabe der Flugblätter und Karten. Erwähnen wollen wir hierbei, daß es wünschenswerth ist, wenn die Leute, welche die Karten austragen, sich mit den Empfängern in ein Gespräch einlassen, ihnen kurz die Bedeutung des Unternehmens schildern und sie ersuchen, die Karte bis zum Abholungsstermin auszufüllen. Sie werden sich dadurch die Arbeit des Einsammelns auf die Hälfte der sonst erforderlichen Zeit abkürzen können.

Der Termin, an welchem die Karten wieder eingeholt werden sollen, muß auf der Rückseite derselben angegeben sein.

An diesem Tage müssen dann diejenigen, welche mit dem Austragen betraut waren, das Einsammeln besorgen. Sie müssen wiederum von Wohnung zu Wohnung gehen und um Ablieferung der Karte ersuchen. Wo diese nun nicht ausgefüllt ist, hat dies der Einsammler zu besorgen. Die Ausgabe und Einholung der Fragekarten muß im Zeitraum einer Woche erfolgen, weil sonst das Resultat der Statistik beeinträchtigt wird. Am Montag resp. Sonnabend findet durchgängig ein größerer Arbeitsplatzwechsel statt und würden sich dementsprechend die Angaben über die Arbeitslosigkeit ändern. Die eingesammelten Karten sind unverzüglich an den Vertrauensmann des Bezirks einzuliefern, der sie wiederum sofort an das Zentralkomitee abzuliefern hat. In diesem Zentralkomitee werden die Karten zunächst nach Berufen geordnet. Es erfolgt dann die technische Bearbeitung des Materials. Die Ausarbeitungen für die einzelnen Berufe können dann den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden, die ihrerseits das für den Beruf Werthvolle herausziehen oder die gewonnenen Resultate durch Anfügung der in dem Berufe vorhandenen eigenthümlichen Verhältnisse ergänzen können. Eine Bearbeitung des Materials in den einzelnen Gewerkschaften hat sich in Hamburg als durchaus unzweckmäßig erwiesen. Trotz der Einheitslichkeit des Schemas für die Zusammenstellung hatten doch die meisten Gewerkschaften die Zusammenstellung nach ihrer Auffassung gemacht. Dies erfordert entweder eine vollständige Umarbeitung seitens des Zentralkomitees, erschwert die Zusammenstellung des Gesamtbildes, oder beeinträchtigt dieses. Ferner wird man in das Zentralkomitee auch die mit der Sache am besten vertrauten Genossen wählen, die bald bei der Bearbeitung des Stoffes die nöthige Fähigkeit erlangen und so die Fertigstellung beschleunigen werden.

Es wird bei den statistischen Aufnahmen größtentheils der Fehler gemacht, daß man mit der Zusammenstellung Leute beauftragt, die ohnehin schon mit Arbeiten im Interesse der Arbeiterbewegung überhäuft sind und den statistischen Arbeiten nur einige Abendstunden widmen können. Dieser Uebelstand muß beseitigt werden. Es muß nicht nur dafür gesorgt werden, geschulte Kräfte für solche Arbeiten zu gewinnen, sondern es müssen die beauftragten Personen ihre volle Arbeitskraft der Sache widmen.

Eine Anleitung für die technischen Arbeiten werden wir in der nächsten Nummer geben.

Nochmals wollen wir betonen, daß wir nicht beabsichtigen, die einzelnen Orte anzuregen, solche Statistiken aufzunehmen, sondern nur dahin zu wirken suchen, daß diese Aufnahmen, wo sie geplant sind, einheitlich und vor allen Dingen zur selben Zeit erfolgen. Wie erwähnt, verursachen diese Aufnahmen bedeutende Ausgaben. Es muß deswegen erst festgestellt werden, ob diese mühsam gemacht werden und ob nicht die Bemühungen zu wenig Erfolg haben. Deswegen ist es empfehlenswerth, erst die Arbeiten, welche in den genannten Orten zum Theil schon in Angriff genommen sind, zu prüfen, ob in weiteren Orten die Aufnahme der Statistiken durchgeführt wird. („Correspondenzblatt.“)

Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollmarke

Das Wort hatte als Referent J. Auer: Dem Genossenschaftswesen, dem Boykott und der Kontroll-Schutzmarke ist es gemeinsam, daß sie nichts spezifisch Sozialistisches sind. In der Stellung der Partei zum Genossenschaftswesen hat sich seit den Tagen Lassalle's nichts geändert. Die Hoffnung, daß es auf dem Wege des Genossenschaftswesens möglich sei, die Ziele der Partei zu

erreichen, kann nur von einem Manne geübt werden, der das Programm der Partei nicht kennt. Dieser Standpunkt muß für alle Zeiten beibehalten werden. Lauchen andere Anschauungen auf, und sie sind in den Kreisen der Genossen aufgetaucht, so weiß das nur, daß diese Genossen — wie die Breslauer — sich in Unflaren über das Wesen und die Aufgaben der Sozialdemokratie befinden. Die Gründe, die zur Bildung von Genossenschaften durch die Genossen führen können, sind verschiedener Art. Einmal geschieht es, weil die gemäßigten Arbeiter in ihrem Beruf keine Beschäftigung fanden. So bei den Zigarrenarbeitern in Hamburg und Mannheim, den Bäckern in Berlin, den Schuhmachern in Erfurt zc. Die Arbeiter wurden verfolgt, mit der Hungerpeitsche für die Wahrung ihrer Interessen bestraft, und zur Genossenschaftsbildung gedrängt. Daher die Sympathien der Genossen für die Genossenschaften. Von Sympathien allein kann aber kein Geschäft bestehen. Es bleibt ein gewagtes Unternehmen, solche Genossenschaften zu bilden. Sie müssen produziren nach den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft. Die erste Bedingung ist ein großes Betriebskapital. Wie soll das zusammenkommen? Die gemäßigten Arbeiter haben meistens den letzten Pfennig zugelegt, bevor sie zur Genossenschaft zusammentraten. Diese Sammlung von Habernichten wirkt ihren Nichtbesitz zusammen, und auf Grund dieses Nichtbesitzes soll das Geschäft begonnen werden. Wäre nicht der Idealismus und der Hungerzwang so groß, die Geschäfte müßten von vornherein aufgegeben werden. So gerathen sie in der Regel in die Schuldnestschikane irgend eines Kapitalisten, der gegen hohen Zins Betriebskapital vorstreckt. Diese Genossenschaften stehen im Konkurrenzkampf mit den mächtigen, kapitalkräftigen Privatunternehmungen. Nicht bloß Betriebskapital, auch die notwendigen kaufmännischen Kenntnisse vom Geschäft gehören zum geschäftlichen Erfolg. Und wie häufig fehlen die. Die Genossenschaft darf die Ausbeutungs-Struppellosigkeit des Privatunternehmers nicht theilen. Ueberall ist sie im Nachtheil. Daher die unangenehmen Erfahrungen, die man in der ersten Zeit mit den Hamburger und Berliner Wäckerer-Genossenschaften gemacht hat, und welche die Frage nahe legen: Soll man den Arbeitern nicht lieber von der Gründung der Genossenschaften abrathen? Vertheidigt wird das Genossenschaftswesen als Stütze für die Agitation. Die gemäßigten Genossen, die ja in der Regel die besten sind, dürfen für die Agitation nicht verloren gehen, sondern sollen untergebracht werden. Gegen Genossenschaften, die sich aus diesem Grunde gebildet haben, wird sich nicht viel sagen lassen. Nur die Frage, ob sie praktisch sind, ist nicht ohne Weiteres zu bejahen. Doch das abzuwägen ist Sache des Einzelnen.

Man hat die Genossenschaften auch damit vertheidigt, daß man sie als Schulen für die Produktionsleiter der Zukunft bezeichnet hat.

Wenn der Zukunftsstaat aber kein anderes Material zur Verfügung hat, als das, welches uns in den Genossenschaften vorgebildet wird, dann können wir unsere Hoffnungen auf ihn nur ruhig aufgeben. Die bürgerliche Gesellschaft selber bildet das leitende Personal heran. Die Kleinunternehmungen eines Krupp leisten hierin besser. Dienste, als die Erfahrungen, die in einer kleinen Schuhmachergenossenschaft gemacht werden können.

Nedner berieft den ersten Theil der weiter unten mitgetheilten Resolution.

Zum Boykott übergehend, betont Nedner, daß wir nach dem Rechte des Boykotts nicht zu fragen haben. Wir brauchen das Kampfmittel des Boykotts, wenn wir es für nöthig halten, wenn wir wollen. Daß wir den Boykott bis jetzt wenig gebraucht haben, liegt daran, daß wir noch nicht die genügende Macht hatten. Der Boykott sei dieselbe zweifelhafte Waffe, wie der Streik. Der Unterschied sei nur der, daß letzterer sich auf bestimmte Berufskreise beschränkt, nur innerhalb einer Gewerkschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern tobt. Der Boykott dagegen geht weit über den Rahmen des Streiks hinaus. Er wendet sich an große Massen der Konsumenten und setzt für den Erfolg voraus, daß diese Massen von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Kampfes überzeugt sind. Er kann nur dann von Nutzen sein, wenn es sich bei dem Kampf um Fragen handelt, die der breiten Masse nahe gehen, die ihr tiefstes Interesse wachrufen. Dies war der Fall in Berlin bei dem Boykott gegen die Wäcker, die ihre Säle nicht zu Versammlungen hergaben. Hier war die Versammlungsfreiheit in Gefahr, hier mußte ein Unrecht gedrohen werden. Kommen ähnliche Interessen in Frage, dann wird der Sieg sicher sein. Der Boykott kann überhaupt nur bei einzelnen Berufen in Frage kommen, in denen die Arbeiter Hauptkonsumenten sind. Die Hilfe der Arbeiter anzurufen, zum Boykott aufzufordern bei kleinen Differenzen zwischen Arbeitern

und Unternehmern, dem muß ganz energisch entgegengetreten werden, wie dem, daß jede kleine Versammlung den Boykott erklärt. Den haben nur die Vertreter der organisierten Arbeiterklasse zu proklamieren. Daran sei festzuhalten. Unter keinen Umständen aber dürfe der Boykott benutzt werden, um die politische Gesinnung zu bestrafen. Wir haben nach dem Grundsatz hierbei zu handeln: Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg' auch keinem Andern zu. (Bravo!) Wir haben stets für die Freiheit der Ueberzeugung gekämpft und würden uns sonst selbst in's Gesicht schlagen. Redner behandelt nun das Wesen der Kontrollmarke. Er habe, so führt er aus, Anschauungen über den Zweck der Kontrollmarke von berufenen Vertretern des Markensystems gehört, und diese, die nicht die seinen seien. Ja, er habe gedruckte offizielle Kundgebungen dieser Vertreter zur Hand und belege sich auf eine den Delegierten vorliegende Broschüre: „Die Kontrollmarke und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse“, sowie auf ein Flugblatt der Textilarbeiter. In diesen Auslassungen ist die Meinung vorgebracht, daß der Streik nichts mehr helfen könne und als unzeitgemäß in die Rüstkammer gehöre. Auch auf dem Halberstädter Kongress ist gesagt worden, der Streik verliere an Wert. Diese Urtheile resultieren wohl aus dem Mißerfolge der letzten großen Lohnkämpfe. Aus diesen Mißerfolgen aber die Wertlosigkeit des Streiks herleiten könne nur, wer über die Ursachen der Niederlagen nicht klar sei. Die Ursache sei nur die augenblickliche wirtschaftliche Depression. In solchen Zeiten hat kein Streik Siegeschancen, wenn er auch geführt wird von einer noch so opferwilligen und gutorganisierten Arbeiterklasse wie es die Hamburger-Alttonner Tabakarbeiter waren. Die Tabakarbeiter waren von den Unternehmern ausgepörrt, wir hätten ihnen geraten, sich den Bedingungen zu unterwerfen, da Aussicht auf Sieg nicht vorhanden sei. Sie kämpften mit einem bewundernswürdigen Heroismus und man könne den Tabakararbeitern vielleicht nur den Vorwurf machen — wenn man ihnen überhaupt einen Vorwurf machen wolle —, daß sie den Streik bis zum Weichwerden fortgesetzt haben. Auch der Buchdruckerstreik sei in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges begonnen worden und wußte daran scheitern. Ihm (Redner) sei das von vornherein zweifellos gewesen. Die halbe Million in der Buchdruckerklasse bedeutete nichts gegenüber den Millionen, über die die Unternehmer verfügten. Der Streik gehört nicht in die Rüstkammer und die Verfasser der Notiz in der Broschüre: „Die Kontrollmarke“ werden ihre Ueberzeugung erleben, wenn die Produktion sich wieder in aufsteigender Linie bewegt, wenn die wirtschaftliche Krise vorüber ist und wir wieder eine Zeit der Prosperität haben.

Die Kontrollmarke soll die Möglichkeit geben, Einfluß auf den Konsum auszuüben. Man glaubt dies dadurch zu erreichen, daß man unter den Unternehmern eine scharfe Konkurrenz entfacht. Die Schutzmarke wird dies nicht erreichen können, weil das Geld, auf welches sie Anwendung finden kann, ein viel zu beschränktes ist. So ist die Landwirtschaft, das Exportgewerbe, das Baugewerbe, der Bergbau z. von vornherein ganz davon ausgeschlossen, Gebrauch von der Kontrollmarke machen zu können. Nicht hinstanzsetzen sei auch der Einwurf, daß die Schutzmarke die Waaren verteuere. Das sei doch tatsächlich der Fall; wenn wirklich der eine Teil einen kleinen Vortheil erziele, so bringe der andere Teil das Opfer. Beim Streik könnten alle Kämpfenden den Vortheil genießen, bei der Kontrollmarke nur ein Theil, während der größere Theil spitzere. So ist also auch nach dieser Richtung hin die Ansicht eine irrige, daß die Kontrollmarke den Streik ersetzen könne.

Sie hat die Aufgabe, dann, wenn der Streik und der Boykott einen Erfolg erringen haben, gleichsam den Stempel draufzubringen. Sie legt eine treffliche Organisation der Gewerkschaften voraus. Einen Erfolg hat die Schutzmarke nur dann aufzuweisen, wenn eine treffliche Organisation besteht, wie bei den Hartmachern. So ist sie gleichsam der Ausdruck für einen Erfolg, der möglich geworden ist, indem eine gewisse Verständigung zwischen Arbeit und Kapital erfolgt ist. Sie ist keine sozialdemokratische Erfindung, sie gehört nur auf gewerkschaftliches Gebiet. Die Arbeiter der gewerkschaftlichen Berufe haben deshalb die Aufgabe, sich möglichst gut zu organisieren, dann haben sie das Recht, die Schutzmarke einzuführen.

Gegen den Versuch, die Kontrollmarke im Zellengewerbe einzuführen, muß indes energisch protestirt werden. Sie würde dort die Gefahr zum Eintritt in die Organisation veranlassen im Hinblick auf zu erwartende Erlöse. Für Leute, die sich aber nur durch solche Motive zum Eintritt in die Organisation bewegen lassen, müsse sich jede Organisation bedanken.

Redner bittet um Annahme folgender Resolution:

In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt:

Sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenzermöglichung von im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf gemäßigten Genossen bezwecken oder wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber in allen diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß geeignete Mittel für eine gesunde finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften in's Leben gerufen werden.

Zur Uebrigem haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.

Der Boykott ist für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine Waffe, die nur unter der aktiven Theilnahme der großen, heute noch nicht organisierten Massen wirksam in Anwendung gebracht werden kann. Der Boykott kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur in den Fällen in den Vorschlag gebracht werden, wo es sich um Fragen handelt, an denen weite Arbeiterkreise mit tiefgehendem Interesse betheiligte sind, insbesondere auch um Zurückweisung von Bestrebungen, welche eine politische Schädigung der Arbeiterklasse bezwecken.

Unter keinen Umständen aber darf der Boykott zu einem Mittel der politischen Vergeltung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen, oder die äußere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Bethätigung zu erzwingen.

Die Kontroll- oder Schutzmarke hat den Zweck, dem Käufer einer Waare zu zeigen, daß bei deren Herstellung die jeweiligen Forderungen der betreffenden Gewerkschaftsorganisationen in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob diese Waaren von einer Arbeitergenossenschaft oder von einem Privatunternehmer hergestellt werden.

Nur in diesem Sinne, als eine der Waffen im gewerkschaftlichen Kampfe, kann die Kontroll- oder Schutzmarke die Unterstützung der Parteigenossen beanspruchen. Da sie zur Erreichung ihres Zweckes aber wie der Boykott die Theilnahme und Sympathie der breiten Massen voraussetzt, so kann sie nur bei Artikeln in Frage kommen, die hauptsächlich von der Arbeiterklasse konsumirt werden.

Die Parteigenossen haben gegen die Kontrollmarke sich in allen Fällen zu erklären, wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittelst derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder wo sie als direktes Zwangsmittel dazu dienen soll, jungen oder schwachen Organisationen Mitglieder zuzuführen oder zu erhalten. Diese Verwandlung der Kontrollmarke zu einer Art Prämie führt nur zur politischen Scheitern um augenblicklicher Vortheile willen, zur moralischen und materiellen Vergewaltigung Einzelner und schließlich zur völligen Demoralisirung und Auflösung der gesamten Organisation.

Regien beantragt folgende Resolution:

Da eine Garantie für die richtige Anwendung des Genossenschaftswesens, des Boykotts und der Schutzmarke nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation gegeben wird, so erklärt der Parteitag es als Pflicht eines jeden Genossen, der für seinen Beruf am Orte bestehenden Gewerkschaftsorganisationen anzugehören, und sich deren Beschäftigung, so weit sie den gewerkschaftlichen Boden nicht verlassen und keine Verletzung der Parteiprinzipien enthalten, zu fügen.

Der Parteitag beschließt nicht, daß die Organisation, welche die Gewerkschaften sich auf dem Halberstädter Kongress gegeben haben, dazu führen könnte, daß der sozialdemokratischen Partei Kampf oder finanzielle Mittel entzogen werden, erweist vielmehr an, daß auch in diesen Gewerkschaften die für den Klassenkampf erforderliche Erziehung des Proletariats erfolgt.

H. Hug und G. Regien beantragen dem Absatz 2 der Auer'schen Resolution über das Genossenschaftswesen folgende Fassung zu geben:

„Im Uebrigen haben die Parteigenossen der Gründung solcher Genossenschaften entgegenzutreten, durch welche der Glaube erzeugt werden soll, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und

gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.“

In der Diskussion erhält zunächst das Wort Augustin-Berlin, welcher mit Auer der Meinung ist, daß während der wirtschaftlichen Krise Streiks gänzlich ausfallslos sind. Während der Krise können sich die Kapitalisten alle möglichen Uebergriffe erlauben. Dagegen müsse sich doch die Arbeiterklasse wehren. Da könne die Kontrollmarke ihr Recht thun. Eine nennenswerthe Vertheuerung der Waaren habe die Kontrollmarke nicht herbeigeführt, dieselbe koste inkl. aller Kosten 1 1/2 pro Stück. Auer habe ferner gemüthlich mit sozialistischen Worten über den in der Broschüre über die Kontrollmarke stehenden Satz: „die Streiks seien eine fürchtbare Waffe“ sich ausgelassen. Er handele da wie diejenigen, welche aus Vollmar's Broschüre einzelne Sätze aus dem Zusammenhange gerissen hätten.

Borgmann-Berlin: Auer habe an einzelnen Sätzen des Flugblattes und der Broschüre der Kontrollkommission Kritik geübt. Das könne auch er an Flugblättern, die von der Partei herausgegeben sind. Es sind in diesen doch auch Sätze und Wendungen enthalten, die man nicht unterschreiben könnte. Das im Allgemeinen. Auer habe ausgeführt: die Kontrollmarke sei nur dann in Anwendung zu bringen, wenn eine starke Organisation dahinter steht. Wenn eine schwache Organisation die Kontrollmarke einführen wolle und damit Fiasco erleide, so spreche das doch nicht gegen das Prinzip der Kontrollmarke. Auer habe auch behauptet, daß durch die Kontrollmarke die Produkte vertheuert werden. Es werde im Gegentheil namentlich am Verwaltungsapparat gespart. In der Berliner Genossenschafts-Hutfabrik koste dieser zum Beispiel nicht so viel, wie der Direktor einer gleich großen Hutfabrik an Gehalt bekomme. Im allgemeinen werde der Streik allerdings durch die Kontrollmarke einbehrlich gemacht, vorausgesetzt, daß eine starke Organisation dahinter steht. Er habe dafür Beweise in Händen. Die Forderungen der Gutarbeiter seien in mehreren Fabriken ohne Streik bewilligt worden. Das habe man durch die Kontrollmarke erreicht. Durch die Kontrollmarke wage man durchaus nicht den gewerkschaftlichen Kampf unethisch; er sei nur in andere Bahnen gedrängt. Redner beantragt zum Schluß die Streikung des letzten Absatzes der Resolution betreffend die Kontroll- oder Schutzmarke.

Schweert-Hamburg: Die Gründung von Genossenschaften geht gewöhnlich nach verlorenen Streiks vor sich. Geld ist nicht vorhanden, also muß ein Kapitalist gesucht werden, der sich hinter die Genossenschaften steckt. Sind die Genossenschaften von Werth für uns? Nein! Durch die Gründung von Genossenschaften gehen der politischen Bewegung eine Anzahl Agitatoren verloren. Weiter: Würden die Berliner Tabakarbeiter beispielsweise eine Genossenschaft gründen, so würden die zahlreichen alten Genossen, die einen offenen Laden haben, geschädigt werden, weil die Masse glaubt, die neu gegründete Genossenschaft sei sozialistisch. Als die Kapitalisten etwas besseres, als die kapitalistischen Unternehmern? Nein. Die Genossenschaften müssen ihre Arbeiter ebenso ausbeuten, wie die Kapitalisten. Das Bestreben jeder Genossenschaft sei, sich immer mehr auszudehnen. Wendet sich der Wind von oben, kommt ein neues Sozialistengesetz, so ist es leicht möglich, daß alle diese Kapitalisten alle diese Arbeitspaläste, die theueren Maschinen verloren gehen. Mit der Auer'schen Resolution ist Redner nicht einverstanden und empfiehlt statt dessen die Annahme der bündigen Resolution der Straßburger Genossen, die folgendermaßen lautet: Es sei auszusprechen, daß das Genossenschaftswesen nur eine ärmliche Nachahmung kapitalistischer Affoziationen ist, die den einzelnen Mitgliedern unter Umständen wohl kleinere Vortheile bringen können, die aber in keinem Verhältnis stehen zu den Nachtheilen, die das Genossenschaftswesen dadurch zeitigt, daß eine große Anzahl thätiger Kräfte der revolutionären Bewegung entzogen wird. Die sozialdemokratische Partei hat sich also von derartigen Unternehmungen fern zu halten und hat sie als das zu erklären, was sie sind: auf egoismus und Selbstsucht beruhende Privatunternehmungen.

Regier-Hamburg: Am Genossenschaftswesen haben sich die Hamburger gründlich den Magen verdorren. Das Genossenschaftswesen darf mit der Parteifrage nicht verquittet werden. Von den entragirten Anhängern der Genossenschaften wird jeder schon nicht mehr als vollthätiger Parteigenosse betrachtet, der nicht Stiefel, Unterhosen und Hut mit Kontrollmarke trägt und nicht Brod aus der Bäckerei kauft. Ja, der Genossenschaftsbrauch geht so weit, daß eine eifrige Anhängerin der Genossenschaften in einem kleinen Städtchen Schleswig-Holsteins erklärt hat, die Genossenschaften würden den Kapitalismus an die Wand drücken. Im Weiteren wendet sich Redner gegen den Satz des Absatzes Regien, daß der Parteitag es

als Pflicht eines jeden Genossen erklären soll, der Gewerkschaftsorganisation anzugehören, und hebt zum Schluß unter allgemeiner Zustimmung hervor, daß das Geld in der Parteikasse zu anderen Zwecken zusammengebracht würde, als den gewerkschaftlichen Kampf damit zu führen.

Regien-Hamburg: Vor drei Jahren würde Redner anders gesprochen haben. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes habe man die Frage bezogen, ob die gewerkschaftliche Organisation überhaupt noch notwendig sei. Das erklärte sich aus zwei Gründen. Unter dem Sozialistengesetz habe die gewerkschaftliche Organisation den Zusammenhalt der Partei gesichert. Das sei jetzt nicht mehr möglich. Ferner hätten die verlorenen Streiks viel mit dazu beigetragen, die gewerkschaftliche Organisation zu untergraben. Die Frage sei die, sind die gewerkschaftlichen Organisationen möglich oder entbehrlich. Dies wisse beantwortet werden. Mit dem größten Theil der Auer'schen Ausführungen ist Redner einverstanden. Die theoretische Stellung werde durch die Resolution Auer gegeben. Aber jede Theorie ist grau. Sobald wir erklären, wir erkennen die Kampfmittel des Streiks, des Boykotts an, so müssen wir auch die praktische Folgerung ziehen und als Sicherung für die richtige Anwendung der Kampfmittel die Gewerkschaftsorganisation zu stärken trachten. Redner empfiehlt seine Resolution, durch deren Annahme der gewerkschaftlichen Organisation der beste Dienst geleistet werde. Zum Schluß wendet sich Redner gegen eine Notiz des „Vorwärts“, wo von dem „welchen Reichthümern der Gewerkschaftsbücherei“ die Rede sei. „Die Notiz beziehe sich allerdings auf die „Unabhängigen“, die die Bethätigung an den Parlamentswahlen grundsätzlich verwerfen, eine Ansicht, die Redner nicht theilt, aber der unausführsam, nicht orientirte Leser kann die Notiz leicht mißverstehen. So wird die gewerkschaftliche Organisation nicht gefördert.“

Ernstwald-Hamburg hält es im Grunde für unnöthig, daß sich der Parteitag lange mit der Frage des Boykotts und der Schutzmarke beschäftigt; das seien Angelegenheiten zur Verhandlung für die Gewerkschaften. Das Genossenschaftswesen habe aber weder mit der Partei etwas zu schaffen, noch sei es ein Auktivat des Gewerkschaftswesens. Die Genossenschaften wären im Allgemeinen nicht einmal im Stande, die Ausgesperrten und Gewagregelten unterzubringen. Es gebe Parteigenossen, die für Genossenschaftsgründungen geradezu fanatisirt seien. Sie wollten Häutenwerke und alles Mögliche sonst noch gründen. Diese Fanatiker seien durch nichts zu überzeugen. Ein solcher (Tabakarbeiter) habe ihm einmal auf seine Warnungen hin erwidert: „Ach, was verstehst Du denn von Zigaretten, Du kannst sie ja noch gar nicht mal richtig rauchen!“ (Heiterkeit). Zum Schluß spricht Redner sich noch dagegen aus, daß die Partei verquittet wird mit dem in den Gewerkschaften tobenden Streik über Sozial- und Zentral-Organisation. Das würde nach seiner Meinung geschehen durch die Annahme der von Regien beantragten Resolution.

Wille und Genossen beantragen: In Bezug auf die den Delegirten des hier tagenden sozialdemokratischen Parteitages unterbreiteten, von der am 13. Nov. 1892 in Berlin stattgehabten öffentlichen Mauererversammlung angenommenen Resolution empfiehlt der Parteitag allen Genossen, die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen nach Möglichkeit fördern zu helfen, den an ihren Orten auf dem Boden des Klassenkampfes im sozialdemokratischen Sinne bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als Mitglieder beizutreten, und wo noch keine bestehen, solche in's Leben zu rufen. Die Form der Organisation ist Nebensache, die Hauptsache ist die, daß alle Gewerkschaftsorganisationen dahin streben, die Zahl der Kampfgewerkschaften zur Befreiung der Arbeiter vom Lohnsklaventhum zu vermehren, das Solidaritätsgefühl bei der indifferenten Masse wahrzurufen und nicht den Schwerpunkt der Organisation auf das sogenannte Unterstützungswesen zu legen.“

Schmalfeldt-Bremerhaven meint auch, daß die Partei nur geringe Veranlassung habe, sich so eingehend mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisation zu beschäftigen. Die Hamburger Tabakarbeiter-Genossenschaft sei ein Angstprodukt. Manche Angriffe gegen die Genossenschaften gingen aber doch zu weit, so der, daß sie keine guten Waaren liefern und daß sie keine höheren Löhne zahlen könnten. Es sei auch nicht wahr, daß die Genossenschaften die besten Agitatoren abforbirten. Die Debatte und die Annahme der Resolution Auer würden nichts an den vorhandenen Zuständen ändern.

Theiß-Hamburg hebt hervor, daß es nicht wunderbar sei, wenn sich so viele Hamburger an der Debatte betheiligten, Hamburg nehme eben ein ganz besonderes Interesse an diesen Fragen. Redner beschränkt, daß die Genossenschaften ebenso billig produziren könnten, wie der kapitalistische Unternehmer.

Sie liefern entweder schlechtere oder theuerere Waare. Sie entziehen auch der Agitation die Kräfte, denn Dummköpfe sind es nicht, die an ihrer Spitze stehen. Alle Bildung und alle Intelligenz würden am besten angewendet im Dienst der politischen Partei. Redner steht auf dem Boden der Auer'schen Resolution, hat aber doch das Gefühl, daß es gut wäre, wenn von einem Mitgliede der Parteileitung erklärt würde: Ja, wir sind von Herzen davon überzeugt, daß jeder Parteigenosse sich der Organisation seiner Gewerkschaft anschließen soll und muß. Auer gelte nämlich als verkörperter Gegner der gewerkschaftlichen Organisation.

Schmidt-Friedberg ist für die Auer'sche Resolution und wendet sich besonders gegen die Kontrollmarke; er habe sich durch jahrelange Erfahrungen überzeugt, daß die Kontrollmarke bedeutungslos sei.

Stomck-Dielefeld steht gleichfalls auf dem Boden der Auer'schen Ausführungen, dagegen wolle er sich gegen Redner wenden, der einen zu schroffen Gegensatz zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung konstruiert habe. Es sei doch selbstverständlich, daß die Partei der gewerkschaftlichen Bewegung ihre geistige Unterstützung leihe.

In seinem Schlusswort wendet sich Redner gegen einzelne in der Debatte gefallene Äußerungen. Die Diskussion ging nach zwei Richtungen. Der eine Theil der Redner befaßte sich mit den Darlegungen des Referenten über die Kontrollmarke, der andere Theil, speziell die Hamburger, mit dem Gewerkschaftswesen. Seine (des Referenten) Darlegungen über den Wohlstand seien wohl so durchschlagend gewesen, daß sich keine Erwiderung gefunden hätte. Augustin sei entsprechend seiner früheren Erscheinung mit Energie gegen ihn vorgegangen, Borgmann habe sich sanfter gezeigt. (Große Heiterkeit.) Augustin habe sich in eine grün-graue Stimmung hineingeredet, aber er hat nicht viel zu sagen gewollt. Augustin habe zugegeben, daß Streiks zu Zeiten von Krisen verloren gehen und habe dann gefragt, was dagegen zu thun sei. Ein absolut sicheres Mittel der Hilfe wisse er nicht und gebe es nicht. Aber das sei auch die Kontrollmarke nicht, schon um deshalb nicht, weil für einen sehr großen Theil von Gewerkschaften die Schutzmarke nicht in Anwendung gebracht werden kann. Da die Schutzmarke nichts weiter ist und sein kann als der Ausdruck, daß die Arbeiter ihre Forderungen erlangt haben, so wird sich die Wirkung eben nur in Zeiten der Prosperität zeigen. Redner wendet sich hierauf gegen Borgmann's Hauptpunkt, daß man in jedem Augenblicke geschickte Redewendungen finden könne. Es handle sich hier nicht um eine Angelegenheit, sondern um eine scharf, klar und deutlich ausgedrückte Meinung. Die weitere Behauptung Borgmann's, daß durch die Einführung der Kontrollmarke die Streiks aus der Welt geschafft werden, sei eine Behauptung, die durch nichts bewiesen sei. Das müsse erst die Zukunft lehren. In Unternehmungskreisen sei man über einen Wechsel in Kampf, wenn die Streiks dadurch aus der Welt geschafft würden, durchaus nicht so unglücklich. So schreibe der „Geschäftsfreund“, ein Unternehmungsblatt: „Man könne fast versucht werden, der Entwicklung der Arbeiter-Kontrollmarke mit wohlwollender Unbefangenheit gegenüberzutreten. Man hat es hier mit einem Akt erlaubt Selbsthilfe zu thun, der zahlreiche sozialdemokratische Streife aus politischen Revolutionären zu wirtschaftlichen Interessenten machen und so mit den bestehenden Zuständen wieder inniger verknüpfen kann.“

Aufgabe des Parteitags ist zu verhindern, daß wir uns nicht allmählich auf Abwege leiten lassen. Nun kommt Redner zu den Hamburgern. Er begreift Schwegel's Standpunkt, über die Genossenschaften sans façon zur Tagesordnung überzugehen, ohne ihn zu stellen, weil Theorie und Praxis sich häufig töfen. Begleit hat das charakteristische Wort ausgesprochen: Man hat vergessen, wer der Partei während des Sozialistengesetzes geholfen hat. Er sagt: Das waren die Gewerkschaften. Ich sage: Und wer hat die Gewerkschaften vor, während und nach dem Sozialistengesetz unterstützt? Das waren die Parteigenossen. (Sehr richtig.) Die Annahme, daß an einflussreicher Stelle in der Partei eine Abneigung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden sei, ist absolut richtig. Es ist der hypnotisierende Blick des Mannes, der sich hauptsächlich mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigt, der Antipathien steht, wo sie nicht vorhanden sind. Eine bewusste Gegenströmung innerhalb der Partei gegen die Gewerkschaften ist absolut nicht vorhanden. Redner's Auffassung ist die eines einzelnen Mannes, der auch das Recht hat, seinen Standpunkt zu haben. Eine philosophische Natur, wie Genosse Begleit, sucht für alles tieferliegende Gründe. Er findet, in der Partei sei das Kleinbürgertum so mächtig geworden, daß seine natürlichen Interessen — die Interessen der Kleinrentner — die Partei verhindern, den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu fordern.

Auch in der Hans Müller'schen Broschüre wird das sozialdemokratische Kleinbürgertum als das Unglück der Partei bezeichnet. Aus sicherlich ganz anderen Motiven kommt Begleit zu einem ähnlichen Schlusse. Aber wo sind die Beweise? Wo hat die Partei die Gewerkschaftsorganisation nicht gefördert? Nein, andere Gründe sind für einen gewissen Niedergang der Organisationen verantwortlich zu machen. Die gegenseitige Befehdung der eigenen Führer um Kleinigkeiten will ein einen großen Theil der Arbeiter der gewerkschaftlichen Bewegung abwendig gemacht. Ich handele daher wohl im Sinne aller Anwesenden, wenn ich die Bitte ausspreche, daß die beiden Theile endlich einmal die Streitart begraben. (Sehr richtig!)

Der Streit: Zentralisation oder nicht, ist kein so wichtiger, daß Ihr Euch nicht vereinigen könnt, wenn Ihr nur wollt! (Behaftete Zustimmung). Ich bin von jeher überzeugter Anhänger der Gewerkschaftsbewegung gewesen, und diese Erklärung gilt für alle Mitglieder des Vorstandes. Wenn es hier nicht besonders betont wurde, so deshalb, weil diese Erklärung bereits da ist. Was der Haller Parteitag ausgesprochen hat, gilt heute noch. Wie wir zur gewerkschaftlichen Bewegung stehen, darüber gibt es gar keine Frage. Immer wieder müssen die ältesten Wahrheiten von uns wiederholt werden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß wir von jedem Genossen verlangen, daß er einer Gewerkschaftsorganisation angehöre und die Gewerkschaften fördere. Der erste Theil der Begleit'schen Resolution ist überflüssig; vor der Annahme des zweiten Theiles warnt Redner; sie berührt die Frage der Art der Organisation und reißt eine Wunde wieder auf, von der Redner wünscht, daß sie bald verharischen möge. Redner bittet um Annahme seiner Resolution. (Beifälliger Beifall!)

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Amendements, auch des Antrags Begleit und der Resolution Wisse, die Resolution Auer's mit großer Majorität angenommen.

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich.
Das Organisations-Komitee an die Arbeiter aller Länder!

Es erfüllt uns mit hoher Freude, Ihnen mittheilen zu können, daß unser erstes Rundschreiben bei den Arbeitern der ganzen Welt freudigen Widerhall gefunden hat.

Alle bedeutenden Arbeiterorganisationen von Deutschland, Oesterreich, Belgien, Holland und Skandinavien, von Frankreich, Italien und Spanien, von Australien und den Vereinigten Staaten Amerikas haben uns ihre Absicht kundgegeben, sich 1893 in Zürich vertreten zu lassen. Eine ganze Reihe nationaler Arbeiterkongresse hat die Theilnahme an internationalen Kongressen von Zürich beschlossen und viele Organisationen haben uns ihre Wünsche und Anträge zugehen lassen.

Wir dürfen es jetzt schon mit Zuversicht aussprechen: Der internationale sozialistische Arbeiterkongress von Zürich im Jahre 1893 wird gut besucht und ein wahrhaft internationales Parlament der Arbeiter werden.

Leider hat kürzlich der englische Gewerkschaftskongress in Glasgow beschlossen, unverzüglich einen internationalen Kongress zur Berathung über den Achtstundentag durch das parlamentarische Komitee der englischen Gewerkschaften einberufen zu lassen. Dieser unpraktische Beschluß wurde gefaßt, obgleich wir alle englischen Arbeiterorganisationen durch ein besonderes Schreiben an den Kongress in Glasgow herlich eingeladen hatten, sich in Zürich vertreten zu lassen.

Wir haben sofort nach Bekanntwerden dieses Beschlusses ein Rundschreiben an alle Arbeiterorganisationen Großbritanniens und Irlands erlassen und sie unter Darlegung der Sachlage nochmals nach Zürich eingeladen. Wir sagen darin unter anderem:

„Selbst wenn wir es wünschten, würde es uns ganz unmöglich sein, unser Mandat für die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses niederzulegen, außerdem muß es aber jedem verständigen Arbeiter klar sein, daß es eine abgeschmackte Verleumdung wäre, wenn jede Nation das Recht haben sollte, einen internationalen Kongress einzuberufen. Es ist vollkommen klar, daß internationale Kongresse nur das Werk allgemeiner internationaler Verständigung sein können.“

„Zum Schlusse möchten wir noch darauf aufmerksam machen, daß der internationale Kongress von Zürich schon ein ganzes Jahr vor den Sitzungen des Glasgower Kongresses beschlossen wurde, daß er von organisierten Arbeitern aller und nicht bloß einer einzigen Nation einberufen wurde, und daß er sich nicht nur mit der Achtstundentage, sondern auch mit den anderen dringenden Fragen beschäftigt wird, von deren Lösung die Befreiung der Arbeiter abhängt.“

Dieses Rundschreiben hat bei den Arbeitern Großbritanniens und Irlands gute Aufnahme gefunden. Die englischen Arbeiterblätter erklären den Beschluß von Glasgow als einen Fehler und hoffen, daß das parlamentarische Komitee ihn nicht ausführen werde. Die deutschen, französischen, italienischen und spanischen Arbeiter theils durch ihre berufenen Vertreter, theils durch Kongressbeschlüsse sich gegen den internationalen Achtstundentag ausgesprochen und erklärt, denselben nicht beschließen zu wollen. Sie halten fest am international vereinbarten rechtmäßigen Kongress von Zürich.

Angesichts dieser Umgebungen und im Interesse der hohen Sache des Proletariates der ganzen Welt möchten wir alle Arbeiterorganisationen auffordern, ebenfalls festzuhalten am einzigen internationalen Parlaamente der Arbeit in Zürich im Jahre 1893.

Der bisherigen Uebung entsprechend, haben wir die Abhaltung des Kongresses auf den

Anfang August 1893 festgesetzt. Mögen sich die Genossen also überall auf diesen Zeitpunkt rüsten!

Was die Tagesordnung des Kongresses betrifft, so haben wir bis jetzt noch keine solche veröffentlicht, weil mehrere große Länder noch keine Anträge zu derselben gestellt haben. Die Wünsche und Anträge, die bis jetzt laut geworden sind, betreffen hauptsächlich:

1. Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages.
2. Die Taktik der Sozialdemokraten mit Bezug auf die direkte Gesetzgebung durch das Volk.
 - a) Parlamentarismus;
 - b) Staatssozialismus.
3. Rechte und Pflichten der Internationalität:
 - a) im Falle bedeutenderer Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital;
 - b) im Falle eines Kriegsausbruchs zur allfälligen Verhinderung des Krieges.
4. Internationale Organisation.
 - a) Errichtung nationaler Arbeiter-Sekretariate;
 - b) Gründung eines internationalen Korrespondenz-Bureaus.

Dies eine vorläufige Tagesordnung. Wir eruchen die Genossen, sie zu besprechen und uns ihre Ansichten darüber oder auch neue Anträge dazu bis spätestens Ende Februar 1893 mitzutheilen. Die endgültige Festsetzung der dem Kongress vorzuschlagenden Tagesordnung gedenken wir Ende März 1893 vorzunehmen und sie dann sofort bekannt zu geben.

Wir thun Alles, um den Kongress zum Ausdruck der Bestrebungen des kämpfenden arbeitenden Volkes zu machen. Nur einig sind wir stark; nur vereint können wir die Welt des Kapitalismus aus den Angeln heben.

Mit Brudergruß und Handschlag!
Zürich, 15. November 1892.

Das Bureau des Organisations-Komitees für den internationalen sozialistischen Arbeiterkongress 1893:

Karl Bürkli, Präsident.
Robert Seidel, Sekretär.
August Merk, Kassier.

Das Organisations-Komitee:

Vertreter der sozialdemokratischen Partei:
S. R. Jäger, F. Karrer, D. Lang, H. Seibel, A. Widmer.

Vertreter des Grünlings-Vereins:
A. Bürkli, S. Greulich, F. Häfeli, A. Jig, J. Vogeljänger.

Vertreter des Gewerkschaftsbundes:
E. Bedt, C. Konzert, M. Büchi, Th. Wang, A. Merk.

Adresse für Korrespondenzen:
Robert Seidel, Zürich.

Korrespondenzen.

Formex.

Wien. In der Salzburger Eisen-gießerei ist wegen Lohnreduzierung Formexstreik ausgebrochen. Zugung ist streng fernzuhalten.

Metall-Arbeiter.

Apolda. Auf die von Seiten unseres Vertrauensmanns für Thüringen in Nummer 46 der „Metallarbeiterzeitung“ erfolgte Abrechnung und den hieran geknüpften Bericht habe ich Folgendes zu erwidern: Kollege Gebauer fordert Apolda, resp. unsern Vertrauensmann auf, die Abrechnung einzusenden. Dies ist nach der Versicherung unseres Vertrauensmanns schon zwei Mal geschehen. Was die Erwiderung auf den von mir gemachten Vorwurf der Laubheit des Kollegen Gebauer betrifft, so haben wir uns über unsere am hiesigen Orte bestehende Organisation durchaus nicht zu beklagen, verlangen auch nicht, daß Kollege Gebauer zur Hebung derselben beitragen soll, sondern wir wissen sehr genau, daß diese Sache der organisierten Kollegen am Orte selbst ist. Und haben wir

in diesem Fall bisher gethan, was uns möglich war. Aber wir sind nicht nur bestrebt, die Organisation am hiesigen Orte zu heben, sondern wir richten unser Augenmerk auch auf auswärtig, was wohl am besten dadurch bewiesen wird, daß wir für auswärtige Agitation 35 Mk verausgabten haben. Wohl hat Kollege Gebauer im vorigen Jahre Naumburg besucht, sich aber seit dieser Zeit nicht wieder darum gekümmert, trotzdem er einige Mal in der Nähe war und auch wußte, wie die Verhältnisse in Naumburg lagen. Betreffs der Einberufung einer Konferenz muß ich erwidern, daß wir die Antwort durch unsern Vertrauensmann an Kollege Gebauer haben gelangen lassen. Als Ort schlagen wir noch Jena vor und als Zeit den 18. Dezember. Im Uebrigen meine ich, daß wenn auf einer Konferenz ein Beschluß gefaßt wird, derselbe auch hochgehalten ist und hierbei persönliche Meinungen nicht in Betracht gezogen werden können. Ich meine, daß gerade auf die beste und zweckmäßigste Betreibung der Agitation das Hauptaugenmerk gerichtet werden muß. Derartige Fragen gründlich zu erwägen, kann nur bei einer Zusammenkunft, resp. Konferenz, wo die verschiedenen Meinungen sich am besten klären lassen, geschehen.

S. Meter.

Bremen. Am 19. November fand wieder die regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Wegener statt. Nachdem die Aufnahmen und die Verlesung des Protokolls erledigt waren, referirte Genosse Ebert über die Gewerbeordnung und Gewerbeberichte. Referent verstand es, in fast einstündiger Rede die zahlreich erschienenen Mitglieder bis zum Schluß zu fesseln. Der Vorsitzende sprach ihm im Namen der Versammlung seinen Dank dafür aus. Zum 4. Punkt, Ballangelegenheit, wählte der Vorsitzende und Kollege Bartels darauf aufmerksam, daß jetzt zahlreich zu besuchen und recht thätig dafür zu agitiren. Bei Verschiedenem stellte Kollege Biehm den Antrag, sämmtlichen reisenden Mitgliedern des D. M.-V., welche ihre statutenmäßige Unterstützung schon erhalten, sowie denjenigen, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich aber wirklich in unterstützungsbedürftigen Verhältnissen befinden, hier freies Nachtquartier und Frühstück zu bewilligen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Bäckmann stellte noch den Antrag, doch in nächster Zeit wieder einmal eine öffentliche Metallarbeiter-versammlung einzuberufen. Der Antrag wurde angenommen.

Bergedorf. Am 16. November fand hier eine öffentliche Versammlung der Metall-

arbeiter Bergedorfs statt mit der Tagesordnung: 1) Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Herr Weinheber aus Hamburg. 2) Diskussion, ev. Gründung einer Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes. Der Referent griff ein Jahrhundert zurück und führte den Anwesenden die Verhältnisse von damals bis heute ausführlich vor Augen. Er kam zunächst auf die Innungen zu sprechen und wies nach, daß sie zu damaliger Zeit vielleicht zweckentsprechend waren, jedoch nach jetzigen Verhältnissen als ganz verfehlt zu bezeichnen sind und wohl nach ein paar Jahren ganz verschwunden sein werden. Redner schilderte, wie sich allmählich der Weltmarkt bildete und welche Umwandlung dadurch in den Produktionsverhältnissen herbeigeführt wurde. Durch die Ausbaurung der Dampfkraft und die Fortschritte der Technik wurde der Kleinrentner immer mehr verdrängt, da seine Waaren theurer waren als die mit der Maschine erzeugten. Redner schilderte das frühere Organisationswesen der Arbeiter und betonte, daß die Vereinigung der Arbeiter auch heute eine Nothwendigkeit ist. Wir sehen, daß in allen Gewerben, in denen die Arbeiter besseren Lohn verdienen, ihnen auch eine gute Organisation zur Seite steht, mit deren Hilfe sie ihn erringen und behaupten, während die schlechter bezahlten der Organisation fern stehen. Gerade von diesen hört man immer Klagen. Mann, Frau und Kinder arbeiten zusammen in der Fabrik und dennoch müssen sie zusammen ein kärgliches Dasein fristen. Die Anwesenden ermahnen, der Organisation beizutreten, schon der Referent unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag. Der zweite Punkt rief eine lebhafte Debatte hervor, alle Redner sprachen sich für Gründung einer Verwaltungsstelle aus, da schon ca. 30 Mitglieder hier sind, die nach Hamburg bezahlen. Es wurde auch einstimmig eine Verwaltungsstelle gegründet und die Kollegen Klein und Leiner beauftragt, die nöthigen Vorbereitungen zu thun. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute bei Huth tagende öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Bergedorfs erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, Mann für Mann der Gewerkschaftsbewegung beizutreten, um so geschlossen gegen die Ausbeutung durch das Kapital Front zu machen.“ Wir hoffen auf guten Erfolg.

Coburg. Die hiesige Verwaltungsstelle hat am 18. November ihr Stiftungsfest ab-

gehalten, das recht gut besucht war. Der Besuch wäre noch besser gewesen, wenn der wohlwollende Herr Polizeikommissar gleich die Erlaubnis gegeben und uns nicht so viele Schwierigkeiten verursacht hätte. Aber es hat ihm doch nichts geholfen. Der Bevollmächtigte Grünbaum ist zwei Mal bei ihm vorstellig geworden. Das erste Mal sagte er: Der Verein sei in Coburg nicht angemeldet, deshalb könne er die Erlaubnis nicht hergeben. Als ihm erwidert wurde, daß hier nur eine Filiale vom Hauptverband in Stuttgart existiere, erwiderte er, das gehe ihm nichts an, er müsse die Sache erst dem Magistrat vorlegen und er wolle später Bescheid schicken. Natürlich hätten wir da eine kleine Schwierigkeit warten müssen, weshalb ihm der Bevollmächtigte am Sonnabend Nachmittags Nr. 6 mal auf die Bude stieg, wo dann nichts mehr im Wege stand. Daraus sieht man wieder, wie viele Hindernisse uns in den Weg gelegt werden. Deshalb Kollegen, haltet fest zusammen, schließt Euch Mann für Mann dem deutschen Metallarbeiter-Verband an.

Döbeln. Der im August ds. Js. veröffentlichten Abrechnung über den hiesigen Formersfreil ist Folgendes nachzutragen: Es gingen noch ein: Uste 10 mit 1.0.15. Uste 34 mit 1.30, von Wachen 16.85. Ferner mußte es in der Abrechnung heißen: Wein 12.15, 5.40, 7.00, 3.10, Ottendorf 1.80, Selbzig Nr. 6 12.05. Döbeln Nothe Kirche 11.72, wodurch die unter S. V. genannten 3.20 in Wegfall kommen. Die gesamten Einnahmen belaufen sich bis Ende Oktober auf 16.517.29, die Gesamtausgabe auf 16.439.92, bleibt 77.36 Ueberfluß. In dem wir bitten, Reklamationen bis spätestens 15. Dezember hierher gelangen zu lassen, ersuchen wir gleichzeitig Alle, welche noch Listen in Händen haben, dieselben nun sofort einzuweisen. R. Hofmann, Neugasse 5. Die Redaktionen: R. Sch. P. S. G. W.

Döbeln. Ich ersuche die Mitglieder, welche Restanten sind, umgehend zu zahlen, da ich laut Bekanntmachung unseres Vorstandes jetzt gezwungen bin, streng nach den statutarischen Bestimmungen zu handeln. Es muß ja auch Jedem als eine Ehrenpflicht erscheinen, da unser Ort leider gezwungen ist, augenblicklich die Hauptkasse sehr in Anspruch nehmen zu müssen. Jedes Mitglied muß deshalb bestrebt sein, dem Verband neue Mitglieder zuzuführen, überall, wo sich Metallarbeiter treffen, müssen die Nichtmitglieder auf die Vorteile und Notwendigkeit einer Organisation aufmerksam gemacht werden. Beigen sich vor Allen jüngere Leute nicht ganz abgenußt, so bringe man dieselben mit anderen Mitgliedern zunächst in gesellschaftlichen Verkehr, sie werden sich bald in unseren Versammlungen sehen und aufnehmen lassen. Durch den im Sommer so unglücklich beendeten Lohnkampf ist unsere Mitgliederzahl in kurzer Zeit zu verdoppeln. Also jeder Einzelne an die Arbeit! Hofmann.

NB. Durchreisende, welche bereits 25 M erhoben, erhalten hier freies Nachquartier und Kasse.

Eiberfeld. Am 4. November hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M.-A.-V. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem einige Kollegen aufgenommen und die Beiträge entrichtet waren, hielt Kollege Reimann einen Vortrag über den englischen Dichter Shelley, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Bei Verschiedenem besprach sich Kollege Kammerer über die Bibliothek, die lehrreichsten Bücher seien immer nicht zu bekommen, er stelle deshalb den Antrag, die Bücher seien wieder alle 14 Tage an den Bibliothekar abzuliefern, andernfalls 10 S Strafe an die Bibliothekskasse zu bezahlen. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen. Dann wurde gewünscht, daß am Sylvesterabend ein Fest stattfindet, was angenommen wurde. Das Eintrittsgeld wurde auf 20 S à Person festgesetzt. In's Festkomitee wurden die Kollegen Knevels, Hirt, Feß, Wepfel, Martels, Wippenbring, Gräberberg und Henjche gewählt. Dann kam Folgendes zur Sprache: Kollege Wippenbring, welcher in der Kunst- und Schlossfabrik von Demrath und Wäger gearbeitet hatte, sprach über den Meister genannter Firma, wie er es versteht, der Firma zu möglichst viel Profit zu verhelfen. Die Firma ist schon einmal in der „Freien Presse“ gerügt worden, aber gewisse Personen haben „widerufen“. Nun sind aber die Beweise vorhanden, daß es doch wahr ist, was die Presse gebracht hatte. Kollege Wippenbring hatte nämlich ein Treppengeländer in Afford zu machen. Als dasselbe nach Zeichnung fertig war und man an die Baustelle kam, um es anzumachen, war es viel zu lang. Kollege Wippenbring mußte nun das Treppengeländer wieder verändern und als er nun den Meister fragte, wer ihm diese „Reparatur“ bezahle, bekam er zur Antwort, er hätte ja Afford und den bekomme er schon bezahlt. Als nun

B. eine Zeit lang daran gearbeitet hatte und einige Wochen mit ein paar Mark nach Hause ging, ja sogar eine Woche gar nichts bekam, so sprach er noch einmal mit dem Meister, daß er doch so nicht bestehen könne. Darauf bekam er zur Antwort: Was geht uns das an, ob Sie was zu fressen (!) haben oder nicht? Als Kollege B. eines Sonntags zum Prinzipal ging, bekam er auch von diesem zur Antwort: „Sie haben Afford und mehr bezahlen wir nicht.“ Am darauffolgenden Montag wurde ihm beim Eintritt in die Werkstatt vom Meister gekündigt und als B. nach dem Grund fragte, wurde gesagt, das würde er schon wissen. Der Grund war natürlich der, daß der Arbeiter des Sonntags beim „Herrn“ selbst war. Nachdem B. die Reparatur halb fertig hatte und er seinen Lohn nicht bekam, reichte er Klage gegen die Firma ein. Beim Gewerbegericht kam es vorerst nicht zur Einleitung, aber zwei Tage vor der Hauptverhandlung wurde B. auf das Komptoir gerufen, wo ein Vergleich zu Stande kam, nach dem B. vielleicht die Hälfte von dem erhielt, was er bekommen hätte müssen, wenn das Urteil provozziert worden wäre. Daraus ersieht man, wie die Arbeiter behandelt werden.

Essen. Seit Langem haben wir den Mann der Metallarbeiterzeitung nicht in Anspruchs genommen, aus dem einfachen Grunde, weil wir von einem gewöhnlichen Versammlungsbericht, die ja doch alle ziemlich gleich sind, Abstand nehmen konnten. Wenn wir jetzt einen kurzen Situationsbericht veröffentlichen, so hat dies seinen Grund darin, um kurz anzuführen, wie die hiesigen Verhältnisse sind. Im September vorigen Jahres wurde die hiesige Zahlstelle mit etwa 70 Mitgliedern gegründet. Durch rege Agitation nahmen wir rasch an Mitgliedern zu, so daß wir jetzt so ziemlich 500 zählen. Die Thatsache veranlaßt nun verschiedene Leute, gewisse „geistige Waffen“, wie Maßregelungen u. s. w. in Anwendung zu bringen, um unsere mit Mühe geschaffene Organisation zu sprengen. So konnte ein Werkführer eines hiesigen Werkes es nicht unterlassen, den Kampf gegen uns zu eröffnen. Leider waren es gleich 10 thätigste Mitglieder, die seinem heiligen Born zum Opfer fielen, darunter selbstverständlich der Bevollmächtigte. Vier unverheiratete Mitglieder sollten sofort ab, dagegen sind es 6 verheiratete Kollegen mit Kindern, die jetzt im Winter ziemlich erwerbslos sind. Es ist selbstverständlich unsere Pflicht, diese Gemährgeboten in ihrer Notlage zu schützen. Um dieses aber zu können, wurde in der Versammlung am 6. November ein Unterstützungskomitee gewählt, welches die notwendigen Mittel herbeischaffen soll. Kollegen allerwärts, steht uns hierbei an die Essener Kollegen. Laßt Euch durch nichts wandern machen, folget nicht gewissen Leuten, die Euch vorreden, Ihr sollt aus dem Verband austreten. Seid treu auf der Wacht, werbet immer mehr Kollegen und gebt durch Masseneintritt in den Verband jenen Fabrikpächtern die einzig richtige Antwort. Kämpfet wir doch um eine Verbesserung unserer Lage. Oder seid Ihr so glänzend gestellt, daß Ihr es nicht notwendig habt, für eine bessere Lebensstellung zu kämpfen? Im Gegentheil ist es dringend nötig, im festgegliederten Verband alle Machinationen Eurer Gegner zu nichte zu machen, um das Endziel der Arbeiterbewegung, ein freies glückliches Menschengeschlecht, zu erringen. Ein hohes Ziel, das wohl werth ist, alle Kräfte dafür einzusetzen. Alle Sendungen an L. Werner, Grubenstr. 4.

Durlach. Die Arbeiter der Nähmaschinenfabrik erleben seit 15 Jahren Abzug auf Löhne, dieses Jahr 10 Proz. und 20 Proz. Wenn ein neuer Abzug in Aussicht genommen, so werden die Arbeiter in Partien in's Komptoir geführt und dort wird gesprochen: „Wir müssen Euch einen Abzug machen, indem Ihr zu hoch kommt mit Eurem Lohn.“ Aber der Lohn ist bereits so weit herunter, daß der Arbeiter sich zu Tode radern muß, um nur halbwegs das zum Leben Nötige zu verdienen. Dann heißt es noch: „Wir müssen die Maschinen billiger geben, damit wir die Konkurrenz bestehen.“ Wir meinen aber, daß man, wenn man an die Aktionäre jedes Jahr 15 bezw. 14 Proz. Dividenden verteilen kann, dem Arbeiter seinen verdienten Lohn lassen könnte. (Der Herr Dejan Berthel in Durlach ist auch Aktionär der Fabrik.) Die gelehrten Arbeiter haben darunter zu leiden, daß die Parteien vom Dorse hereinkommen und für ein Paar Groschen arbeiten. Es wäre gewiß ein Vieles besser, wenn die 900 Arbeiter der Fabrik organisiert wären, so aber ist es nur ein kleiner Theil. Wenn alle dem Verbände angehörten, so könnte den Abzügen Einhalt gethan werden. Deshalb, Arbeiter, seid einig und organisiert Euch.

Frankfurt a. M. Auf Samstag, den 19. November berief die allgemeine Verwaltung eine öffentliche Mitgliederversammlung ein in den Wappensaal in Bornheim mit der Tagesordnung: Vortrag über Zweck und Nutzen der Metallarbeiter-Organisation. Die Versammlung sollte nicht nur den Zweck haben, Indifferente, sondern auch die

Bornheimer überzeugungsstreuen Mitglieder der im August aufgelösten Verwaltungsstelle Bornheim heranzuziehen. Dasselbe war aufgelegt wegen zu schwachen Besuchs der Mitgliederversammlungen, da es sich nie lohnte, ein Defizit abzuhalten zu lassen. Es wurde daher der Beschluß gefaßt, die Verwaltung auszulösen und sich der allgemeinen Verwaltung Frankfurt anzuschließen, was bis jetzt nur von einigen Mitgliedern geschehen ist. Auch wurde jedem Mitgliede bekannt gemacht, sich bei der allgemeinen Verwaltung anzumelden resp. abzutreten, was aber nicht befolgt wurde. Von den Bornheimer Kollegen wurden allerlei Klagen geführt, daß sie keine Zeitungen mehr erhielten usw., deshalb zahlten sie auch keine Beiträge mehr. Die überzeugungsstreuen Kollegen dachten an alles, nur nicht an ihre Pflicht, daß sie sich anzumelden hätten, dann wären alle Klagen verkannt. Bei der Auflösung zählte die Verwaltung ca. 85 Beiträge zahlende Mitglieder, von denen 9 Mitglieder übergetreten sind. Wir hoffen nun, diese Versammlung werde dazu beitragen, die Säumigen heranzuziehen und somit allen Wünschen gerecht werden, aber die Kollegen von Bornheim sind in solcher Anzahl erschienen, daß es sich nicht lohnte, die Versammlung zu eröffnen. Es ist dies ein sehr trauriges Zeichen der Metallarbeiter Bornheims, man könnte glauben, Bornheim wäre ein Paradies, seine Arbeiter auf Rosen gebettet und an dem Endziel ihrer Bestrebungen und Forderungen angelangt. Zu beklagen ist noch, daß von der Bornheimer Fabrik nur einige Kollegen anwesend waren, da doch so viele Klagen in die Öffentlichkeit bringen wegen schlechter Behandlung Seitens der Vorgesetzten.

Göttingen. Am 12. November fand hier im Lokale des Herrn Peters die Versammlung der Mitglieder des D. M.-A.-V. statt. Als neue Mitglieder traten 5 Kollegen auf. Das Mitglied Otto Dhen aus Göttingen, Buch Nr. 42719, welches in der vorletzten Versammlung aufgenommen wurde vom Verband ausgeschlossen. Sodann erfolgte die Abrechnung vom ersten Vergnügen. Kollege Zeller stellte den Antrag, zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung ein Kränzchen für Neujahr zu setzen. Kollege Borgers hat sich bereit erklärt, Sonnabend, den 25. November einen Vortrag zu halten, desgleichen Kollege Zimmerer am 10. Deabr. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, hielt Kollege Schildach einen Vortrag über das Thema: „Moderne Sklaven.“ Dem Redner wurde von der Versammlung volle Anerkennung gezollt.

Grabenberg i. Schl. Am 2. November fand im Saale des „Deutschen Kaiser“ eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter statt. Referent war Genosse H. Junge. Derselbe legte den zahlreichen Versammelten in klaren und deutlichen Worten das Thema: „Zweck und Ziele der Organisation“ auseinander. Daß die Worte auch nicht ohne Eindruck auf die Anwesenden geblieben sind, erlahnt man an darauffolgenden Sonnabend, wo sich 10 neue Mitglieder aufnehmen ließen. Nachdem dem Referenten von dem Leiter der Versammlung der Dank ausgesprochen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein dreimaliges Hoch ausgebracht war, wurde die Versammlung geschlossen.

Homburg. Am 19. Nov. fand in der „Stadt Kasse“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Gleich bei Eröffnung derselben legte der Vorsitzende die Motive dar, welche ihn zur Einberufung bewegen hätten, da er ja gewissermaßen eigenmächtig, ohne die Ortsverwaltung des D. M.-A.-V. zu fragen, vorgegangen sei. Es hätte ihn als überzeugtes Mitglied schmerzlich berührt, daß die Sache am Orte so ganz und gar vernachlässigt würde und er hätte nicht umhin können, zu untersuchen, ob hieran sich nichts mehr ändern ließe. Von Frankfurt war von der Agitationskommission Kollege Sportler anwesend, ebenso waren von Oberursel, wo die Filiale schon längst faust entschlafen ist, einige Kollegen erschienen. Ein kurzes Rejume: der Debatte ergab, daß die Schuld an den Vorgängen in Homburg wohl eben so sehr bei den Mitgliedern liegt als an der Ortsverwaltung. Es war das alte Lied: „Schlecht besuchte Versammlungen, immer dieselben Wenigen und schließlich kam noch hinzu, daß der Bevollmächtigte öfters abwesend war (auf Montage), wodurch es möglich sein konnte, daß seit ca. einem halben Jahre keine Mitgliederversammlung mehr stattfand. Gleichzeitig ergab sich aber auch, daß das Bestreben, hierin mal Reuebur zu schaffen, durchgängig vorhanden war, man sagte sich, es hat wenig Werth jetzt noch des Bangen und Breiten zu erörtern, an wem die Hauptschuld liegt, Hauptsache ist, daß es besser werde und daß dann Mitglieder und Ortsverwaltung bestrebt sind, sich gegenseitig zu ergänzen, um so die Filiale wieder zur Blüthe zu bringen. Eine Neuwahl der Verwaltung ergab als Bevollmächtigten Heingelmann, als Kassierer Zimmer, der, was allgemein anerkannt wurde, auch als früherer Kassierer stets am Platze

war, und als Filialkassierer für Oberursel stahl. Nachdem noch unter Verschiedenem mehrere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband geschlossen. — Offen wir, daß das Interesse der Homburger Metallarbeiter noch reger wird und daß sie einsehen lernen, wo sie hingehören. Ist doch speziell Homburg als Stadt ein derjenigen Städte, wo es offen zu Tage tritt, wie der Scheiß der Arbeiter, der eingehelmt wird in der Form von Dividenden, den Herren dazu dient, sich das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Wollen sich die Arbeiter noch gebrauchen lassen als Dekoration bei der Auffahrt von Fürstlichkeiten oder sonstigem Reim-Wim, gut, dann klagen sie aber auch nicht: „Es geht immer schlechter, wie soll das noch enden?“ Wollen sie indes sich klar werden darüber, wie es besser wird und wollen selbst mit Hand anlegen zur Besserstellung, dann besuchen sie die sozialdemokratischen sowohl als auch die Gewerkschaftsversammlungen, denn die Befreiung von den gegenwärtigen unwürdigen Zuständen kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Hiel. Am 16. November hielt die hiesige Filiale des D. M.-A.-V. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem das Protokoll verlesen und 8 neue Mitglieder aufgenommen waren, verlas der Kassierer den Kassenbericht pro Sept.-Okt. Einnahme: Kassenbestand laut voriger Abrechnung 1888.92, Beitrittsgelder von 58 männlichen Mitgliedern 17.40, 4536 Beiträge 680.40, Extramarken à 10 S 59 Stück 5.90, à 20 S 14 Stück 2.80, Delegirtenmarken à 15 S 8 Stück 1.20. Gesamteinnahme 1086.62. Dem steht eine Ausgabe gegenüber: für Reiseunterstützung 84.16, 33 1/2 Proz. für örtliche Ausgaben 226.80, an die Hauptkasse eingeleistet 338.92, Gesamtausgabe 699.88; verbleibt Kassenbestand: 386.74. Gewerkschaftsmarken sind verkauft 77 Stück = 7.70. Der Bestand der Lokalkasse war 1776.71, dem eine Ausgabe von 554.84 gegenübersteht, verbleibt ein Kassenbestand von 1221.87. Die Mitgliederzahl betrug Ende Oktober 846. — Sodann bringen wir hierdurch nochmals allen Mitgliedern zur Kenntniß, daß in der am 2. November stattgefundenen Versammlung mit großer Majorität beschlossen ist, zu Gunsten einer Arbeitslosenunterstützung für die Monate Dezember, Januar und Febr. einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 S zu erheben. Kollegen! Es sind vielleicht viele mit diesem Beschluß nicht einverstanden, aber der kommende Winter, die jetzt herrschende Krise, wird die Zahl der Arbeitslosen und Gemährgeboten noch größer machen, und für die in Arbeit stehenden ist es unbedingt Pflicht, die davon Betroffenen durch diesen kleinen Beitrag wenigstens vor der bittersten Noth zu schützen. Wir appelliren an Eure Opferwilligkeit, an Eure Überzeugungstreue und bitten Euch alle, sich diesem Beschluß zu fügen. — Im Verschiedenen wurde beschlossen, wie in früheren Jahren auch dieses Jahr die reisenden Kollegen am Weihnachtsabend und die beiden Feiertage auf unserer Herberge frei zu beschäftigen und zu beherbergen, um sie diese Tage von dem Reisen zu entbinden und ihnen eine Weihnachtsfreude zu machen. Nicht organisierte Kollegen sind davon ausgeschlossen. Im Weiteren wird bekannt gemacht, daß in der Maschinenfabrik von C. Döbel seit dem 31. Oktober die Stündige Arbeitszeit eingeführt ist, zugleich sind die bestehenden Akkordsätze um 16 Prozent gekürzt worden. So einnehmend nun der tägliche zweistündige Lohnausfall für die Arbeiter war, so fügten sie sich doch der unabänderlichen Nothwendigkeit; nicht aber konnte man so ruhig die Erniedrigung der Akkordsätze hinnehmen, da die Akkorde schon so gestürzt sind, daß, wenn die Arbeit noch so exakt und sauber geliefert werden soll, sie eine Erniedrigung nicht mehr übertragen können, und dies für die Arbeiter selbst bei angestrengter Thätigkeit eine Schwämmerung ihres Verdienstes ist. Die Verhältnisse haben sich inzwischen geändert. Die verkürzte Arbeitszeit währte nur 14 Tage. Herr Döbel ließ 8 Arbeiter, die er sich selbst aussuchte, zu sich befehlen und erklärte ihnen, daß er von der Akkordreduzierung nicht abgeben könne, da ihn die Konkurrenz zwingt, seine Maschinen billiger zu liefern. Er versprach den 8 auch höheren Lohn. Wer aber für die neuen Akkordsätze nicht arbeiten wolle, könne sich anderweitig Beschäftigung suchen. Die meisten, die von einer Lohnherabsetzung ausgeschlossen sind, haben denn auch baldigt ihre lange innegehabte Stellung aufgegeben und sich anderweitig Beschäftigung gesucht. Die kleine Minderheit der dort Beschäftigten hat bis jetzt auch noch die Annahme von Akkord beharrlich verweigert, aber schon hat ein Kollege seine Beharrlichkeit mit seiner Entlassung büßen müssen und die Zeit wird erst lehren, wie mit den Uebrigen verfahren wird. Besonders wurde getadelt, daß zwei jüngere ledige Kollegen Zulage erhalten haben, dagegen Verheiratete, welche schon 7 Jahre da beschäftigt sind, davon ausgeschlossen wurden. Die ganze Sache gewinnt um so mehr an Interesse, als Herr Döbel bis jetzt als

gumaner Fabrikant gegolten hat, was er bei den von den Arbeitern arrangierten Festen oft versichert hat, und der Geschäftsgang bis jetzt immer ein flotter war, was ja die dort übliche Leberstunden- und Nachtarbeit beweist. Es beweist dies wiederum auf's Neue, daß es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht gibt. Der Unternehmer ist dem Gesetz der Konkurrenz unterworfen, je schlechter die Zeiten werden, je schwieriger wird ihm der Absatz der Waare und um so billiger sucht er dieselben herzustellen. In erster Linie natürlich auf Kosten der Arbeiter; und die jetzt herrschende wirtschaftliche Krise bringt das einmal recht lebendig zum Ausdruck, was beständig das Loos des Arbeiters ist: Elend und Entbehrungen. Für uns kann dieser Vorgang wiederum nur eine Mahnung sein, noch mehr wie je fester und strammer zu organisieren, noch mehr zu agitieren, vermöge dieser Organisation bessere Lebensbedingungen zu erringen und das Bestreben der Unternehmer, in schlechten Konjunkturen die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu hintertreiben.

Leipzig. Bekanntmachung. In Gemäßheit eines Beschlusses der Metallarbeiter Leipzigs, sich den Beschlüssen der „Konferenz der sächsischen Metallarbeiter in Döbeln“ nicht zu fügen, dagegen eine Agitation für die Kreishauptmannschaft Leipzig auf eigene Faust zu veranstalten und ev. die Kosten der Agitation in kleineren Städten zu übernehmen, hat die Agitationskommission für Leipzig folgende Bestimmungen getroffen: Bei Besuchen um Abhaltung von Versammlungen in organisierten Städten ist eine Beschreibung der Verhältnisse, Zahl der dort beschäftigten Metallarbeiter und Zahl der organisierten Arbeiter beizufügen. Dasselbe mit Ausnahme der letzten Klausel gilt von Städten, in welchen eine Organisation nicht existiert. Außerdem ist es erforderlich, daß die Besuche um Versammlungen oder sonstige Veranstaltungen thunlichst 14 Tage vorher an den Unterzeichneten eingereicht werden. Alle Kollegen, gleichviel wo sie sind, werden gebeten, uns die Adressen solcher Kollegen in Städten der Kreishauptmannschaft Leipzig, welche ohne Organisation sind, mitzutheilen, damit wir in der Lage sind, uns mit denselben in Verbindung zu setzen. Ebenso werden alle Kollegen aufgefordert, von diesem ihrem Recht ausgiebigen Gebrauch zu machen, damit wir im nächsten Jahre auf eine ersprießliche Thätigkeit zurückblicken können. Besuche um Referenten sind bis auf Weiteres bei dem Unterzeichneten anzuhörnen.

Otto Walzel, Vertrauensmann,
Leipzig-Aufstadt, Langestr. 17, I.

Mühlheim (Nür.). Die hiesige Verwaltungsstelle des D. M.-V. hielt am 19. November eine Sitzung ab, welche den Verhältnissen entsprechend einmal ziemlich gut besucht war. Es nahen sich 3 neue Mitglieder aufzunehmen. Nachdem die Abrechnung für die beiden vorhergegangenen Monate vom Kassierer verlesen und als 3. Revisor und Bibliothekar Kollege Gustav Müller gewählt worden war, stand zur Verhandlung als 4. Punkt: Beschlußfassung über eine öffentliche Metallarbeiterversammlung. Man einigte sich dahin, am Sonntag, den 4. Dezember, eine Versammlung mit entsprechender Tagesordnung abzuhalten und als Referenten den Kollegen Hugo Schlicke aus Gelsenkirchen zu engagieren. — Im Allgemeinen macht unsere hiesige Verwaltungsstelle wenig Fortschritte, dies darf für uns indes durchaus kein Grund sein, lässig zu werden, im Gegenteil, je weniger es die Kollegen selbst für angebracht halten, dem Verbände beizutreten, um so energischer müssen wir tauner und immer wieder dazu drängen. Der Bevollmächtigte wies unter anderem auch darauf hin, daß wir hier noch viele Kollegen hätten, welche sich als Genossen gerirten, in den Verband aufzunehmen zu lassen sich indes nicht bemächtigt fühlten. Wir müßten solche Kollegen, welche häufig der Meinung wären, die Gewerkschaften wären für sie ein überwundener Standpunkt, das wäre bloß etwas für die Individuellen, einfach nicht als Genossen anerkennen. Es müßte doch nichts, daß wir, wie jetzt wieder bei den Typisten'schen Eisenwerken (Lohnabzüge), auf die Unternehmer schimpften und eine Faulst in der Tasche machten, nein, nur durch Organisation könne dem Kapital eine Macht entgegengesetzt werden, welche es respektieren müsse. Je schlechter sich die Lage der Kollegen gestalte, desto mehr Ursache hätten sie doch, dem Verbände beizutreten. Das Resultat war, daß, wie oben bemerkt, einige Kollegen beitraten, andere werden folgen. Zu hoffen ist jetzt, daß unsere öffentliche Metallarbeiter-Versammlung gut besucht wird.

Oldesloe. Am 19. November fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Wir theilen mit, daß unsere Versammlungen jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat stattfinden. Wir erwähnen dieses nochmals, da sich einige Kollegen irrtümlich am Sonnabend, den 15. Oktober eingefunden hatten. Wir möchten den hiesigen Kollegen aus Herzlegen, die Versammlungen besser zu besuchen,

da sich in letzter Zeit eine große Bauzeit bemerkbar machte. Unsere Mitgliederzahl könnte sich bereits auf das Doppelte vermehrt haben, aber wie überall denken hier auch viele: „Wir gehen doch nicht mehr auf die Kette und haben das nicht mehr nötig.“ Sie bringen lieber ihre saner verdienten Groschen nach dem Tanzboden. Nach unserer Ansicht sind die hiesigen Metallarbeiter auch nicht auf Rosen gelettert, denn die Arbeitszeit beträgt 11—12 Stunden trotz des klauen Geschäftsganges, und dabei unzureichender Verdienst! Darum, Metallarbeiter von Oldesloe, rufen wir Euch zu: Tretet ein in unsere Reihen, schließt Euch dem Deutschen Metallarbeiterverbände an. Die Adresse unseres Bevollmächtigten ist: Posthorst, 3.

Stettin. Am 4. November fand im Lokale des Herrn Mehnert in Grabow eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Nachdem das Bureau aus den Kollegen Goffow, Büllke und Schmitt gebildet worden war und die Redatoren über die Abrechnung des Vertrauensmannes Bericht erstattet hatten, nahm Kollege Stabernack aus Berlin zu einem Vortrage über die heutige Arbeitslosigkeit und den Fortschritt und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation das Wort. Redner schloß in treffender Weise die heutige Prostitution des Kapitals, die maschinelle Entwicklung, welche der Kapitalist sich allein zu Nuzen gemacht habe, um den Arbeiter immer mehr auszubeuten. So sei der Preis der Kohle innerhalb 2 Jahren um fast das Doppelte gestiegen. Wo seien aber dementsprechend die Löhne geblieben? Frankfurt habe den Ausdruck gethan: „Wenn der Faden nicht mehr mit der Hand, sondern mit der Maschine geführt werde, dann kämen goldene Zeiten für den Arbeiter.“ Die Erfindung soll ein Segen sein für die Arbeiter, wird aber ein Fluch für sie, weil sie Arbeitslosigkeit im Gefolge habe. Der Arbeiter habe kein rechtes Klassenbewußtsein. Dasselbe sagte einmal: „Ihr deutschen Mittelstand zufrühen mit einem Stück Brod und schlechter Wurst.“ Warum nimmt der Kapitalist nicht Veranlassung, die Arbeitszeit zu verkürzen? Weil er eine möglichst große Heeresarmee von Arbeitslosen haben will, um die Arbeitenden zu drücken zu können. Wir wollen gern einige Arbeitsstunden an unsere darbenenden Arbeitsbrüder abgeben, die gegenwärtigen die Landwirthe bewillern. Wenn auch den Arbeitern Hirsch-Dunder'scher Achtung, die sich an einer Arbeitsbeeinträchtigung nicht beteiligten, das Versprechen seitens des Direktors einer hiesigen Fabrik gegeben worden ist, ihnen das nicht zu vergessen und sie stets bevorzugt zu wahlen, so ist dieses Versprechen mit — einer durchschnittlichen Bohrreduktion eingelöst worden. Brauche der Staat neue Gewehre, so werde Tag und Nacht gearbeitet und die Arbeit würde in einigen Wochen fertig gestellt, wonach die Arbeiter wieder in großen Massen entlassen würden. Würden täglich nur 8—9 Stunden gearbeitet, so würde die Arbeit länger dauern und eine große Anzahl Arbeiter müßte eingestellt werden, brauchte also nicht zu darben. Man will aber von einem Nothstand immer noch nichts wissen, obgleich Leute hinterm Jann verhungerten. Die Männerarbeit werde immer mehr und mehr durch die Frauen- und Kinderarbeit verdrängt. Letztere wird z. B. in der Zigarrenarbeiterbranche in Westfalen so ausgebeutet, daß sogar auf den Arbeitsplätzen der Kinder Strohsäcke ausgelegt werden, damit dieselben, wenn sie vor Müdigkeit umfallen, gleich weiter schlafen können. Als im Anfang der 60er Jahre die Produktion in andere Bahnen gelenkt wurde, wurden Organisationen geschaffen; man sagte sich: vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir Alles. Die Arbeiter erinnern sich aber erst der Organisation, wenn es ihnen schlecht geht. Nach Ausdruck bedeutender Männer sind die Organisationen der Arbeiter ein Machtmittel, um den Übergriffen des Kapitals einen Damm entgegenzusetzen zu können. Tessenborn sagte: Man geröhre den Arbeitern die Organisationen und die Macht derselben ist gebrochen. S. Jacobi aber sagte: Die kleinste Organisation ist eine gewonnene Schlacht. Darum ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der Organisation anzuschließen. Wenn eine Organisation nicht stark genug ist, so müßten sich alle vereinigen zu einem Gewerkschaftskartell, um widerstandsfähiger zu werden bei Streiks und das Herbergswesen in einer für uns befriedigenden Weise zu regeln. — Zur Diskussion führte ein Kollege aus, bei Möllern und Holberg habe eine Lohnreduktion von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde stattgefunden, es bestie dort ein Lohn von 19 $\frac{1}{2}$ für Familienväter; er rufe den Metallarbeitern zu, sich zu organisieren. Herr Stojch (Hirsch-Dunder) gab den Ausführungen des Referenten seine volle Zustimmung und ermohate gleichfalls zum organisieren. Kollege Stabernack wandte sich in seinem Schlußwort gegen die Ausführungen Stojch's, der nur für den Gewerkschaften agitiert habe. Jeder Metallarbeiter müsse ein Agitator für die Organisation werden, nur wenn wir alle derselben

angehörten, könnten wir siegen. Stärklicher Beifall lohnte dem Referenten seinen trefflichen Vortrag. Zu Delegierten zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Runge, Schmitt und Schöffler gewählt, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen wurde.

Schalke. Derjenige, der die Verhältnisse im benachbarten Gelsenkirchen nicht kennt, denkt vielleicht, dieselben sind die besten. Leider ist dies aber nicht der Fall und wir fühlen uns veranlaßt, einen Fall zu schildern. Ein Klempnermeister, Adolf Sporing, zeigte sich in der letzten Zeit sehr human gegen seine Gehilfen. In seiner Werkstatt arbeiten deren 4 und besitzen diese zusammen einen Böhlofen, der höchstens den Anforderungen von 2 Personen genügen kann. Eines Tages war wieder bis 5 Uhr auf Bau gearbeitet worden und fanden sich zu Hause noch viele Reparaturen vor, die aber nicht alle bis halb 8 Uhr Abends bewältigt werden konnten, es blieben einige Stücke zurück, was den Herrn Sporing in eine solche Wuth versetzte, daß er den einen Gehilfen folgendermaßen anfuhr: „Wenn ich verlange, daß die Reparaturen fertig gemacht werden sollen, so müßten sie fertig werden.“ Als der Gehilfe darauf antwortete, daß er keinen Böhlofen gehabt habe, weil sie alle in Gebrauch gewesen waren, meinte der Herr: „Von so elnem Lappen von Jungen lasse ich mir das überhaupt nicht sagen, Sie Döskopf, Sie Affe, halten Sie nicht das Maul, dann bekommen Sie welche in den Nacken.“ Kommentar überflüssig!

Warstein. Ich arbeitete seit dem 29. Juli 1892 in dem hiesigen „Wartsteiner Gruben- und Hüttenwerk“ (benannt St. Wilhelmshütte) als Schlosser. Da nun hier von gelingenden Unterhaltungen keine Ahnung war, fühlte ich mich veranlaßt, mir verschiedene Zeitschriften anzuschaffen, so z. B. „Wahrer Jakob“ etc., die ich mehreren Kollegen zu lesen gab. Am 18. November bekam ich wie gewöhnlich benannte Zeitschrift mit sonstigen Schriften zugesandt; jedoch fehlte 2 Minuten dauerte es, war „Jemand“ da, der die Schriften konfiszierte. Am 19. d. M. wurde ich vor Gericht geladen, es wurde mir dort klar gemacht, daß ich den „Wahren Jakob“ zu 10 $\frac{1}{2}$ verurteilt habe und wurde ich zugleich als Korrupteur und Agitator hingestellt und dafür zum Schluß zu 30 $\frac{1}{2}$ Geldstrafe verurteilt. Selbigen Tages, 7 Uhr Abends, bekam ich von dem Hüttendirektor meine sofortige Entlassung, mit dem Bemerkten, daß solche Leute, welche solche Gesinnung haben, bei ihm nicht beschäftigt werden. Der Lohn ist hier 15—22 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Solche „Hinterlist“, wie sie hier unter den Arbeitern herrscht, habe ich noch nie erlebt. Alle Kollegen warne ich vor der St. Wilhelmshütte in Warstein! Sämtliche arbeitserfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Aus Thüringen. Es thut wirklich noth, daß eine Besprechung resp. Konferenz in Thüringen stattfindet, denn daß ein reichliches Arbeitsfeld für die Agitation in Thüringen vorhanden ist, befreit wohl keiner. Wir haben da z. B. Städte wie Hildburghausen, Sonneberg, Meiningen. In letzterer Stadt sind mindestens 200 Metallarbeiter. Da der Vertrauensmann meint, das Geld solle man lieber der Hauptkasse zusteuern lassen, da nächstes Frühjahr doch die Generalversammlung abgehalten wird, so sind wir der Meinung, daß das vertehrt ist. Denn erstens kann laut Statut nicht jede Verwaltungsstelle einen Vertreter hinfenden, was auch zu viel Geld kostete. Es kommt erst auf 300 Mitglieder ein Delegierter; wie viel Hütten man nun braucht bis man 300 Mitglieder zusammenbringt, weiß jeder, zumal in Thüringen, da kommt erst auf 8—10 Verwaltungsstellen ein Delegierter. Es kommt aber in Betracht, daß ein Delegierter von Meiningen oder Gera oder Weimar nicht weiß, wie die Verhältnisse in Gohl, Coburg, Meiningen usw. liegen. Darum ist das Beste, daß man jetzt schon daran geht, eine Besprechung für Thüringen zu veranstalten. Da kann sich dann jeder ein Bild machen und kann auch Stellung nehmen zur nächsten Generalversammlung. Gr. r. Baum, Coburg.

Schlosser u. Maschinenbauer.
Hamburg. Die Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer des D. M.-V. hielt am 15. November im „Hamunonia-Gesellschaftshaus“ ihre Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende Breidenreich dieselbe eröffnet und das Protokoll verlesen war, ershatete Panzer als Delegierter über die Verhandlungen im Gewerkschaftskartell Bericht. Derselbe legte die Verhältnisse klar, unter welchen der Brauerstreik, resp. Boykott geregelt worden, daß die Kommission des Gewerkschaftskartells mit den Direktoren ein Uebereinkommen getroffen und die Brauer wieder beschäftigt werden sollen. Beider sei das Versprechen bloß theilweise von den Direktoren gehalten worden. Auch betreffs der Storbmacher- und der Arbeitslosenstatistik berichtete Redner, sowie daß bei

den Rechnern am Müllingsmarkt ein Buch aufgelegt, wo sämtliche Vorkände und Delegierte verzeichnet sind. Breidenreich, welcher auch Delegierter, erläuterte hierauf seinen im Gewerkschaftskartell abgelehnten Antrag, nach welchem der Boykott über die Brauereien verhängt werden und der Konsum des Weines unter Kontrolle des Gewerkschaftskartells gestellt werden soll. Die Motivierung dieses Antrages erhielt die Zustimmung der Mitglieder. Die von Breidenreich vorgelegte Geschäftsordnung für die Sektion wurde ohne Aenderung angenommen. Der Vorsitzende forderte auf, Beschwerden über Werkstatangelegenheiten, Meister, Prinzipale u. s. w. an ihn zu richten, damit Maxens des betreffenden Mitgliedes das Weitere veranlaßt wird. Insbesondere blüht er um Mittheilung über den Obermeister Dahl, geb. zu Kiel, beschäftigt bei der Firma Wöhm & Wöhm. Betreffs der Beschwerden über die Serberge wurde vom Vorsitzenden versprochen, daß dieselben so bald wie möglich geregelt würden. Vom Vorstande wurde mitgetheilt, daß die Beiträge bloß 8 Wochen resp. 2 Monate rückständig sind für die über diese Zeit restirenden die Zahlung zurückgehalten wurde. Ein Antrag Hochhausens wurde zurückgewiesen, überhaupt demselben das Wort in der Versammlung vom Vorsitzenden wegen ungebührlichen Benehmens gegenüber den Mitgliedern entzogen. Nachdem zur nächsten Tagesordnung noch Verschiedenes besprochen, schloß der Vorsitzende unter Hinweis auf die in der Versammlung vertheilten Flugblätter dieselbe.

Feilenhauer.
Velbert. In Anbetracht der herrschenden Geschäftskrise haben die hiesigen Verbandskollegen (7) beschlossen, jedem durchreisenden Feilenhauer bis auf Weiteres eine Extrazustellung von 50 $\frac{1}{2}$ zu gewähren. Auszahlung wird dieselbe an Werktagen zu jeder Zeit, Sonntags von 8 bis 1 Uhr durch den Kollegen Dahlem, Bierhöfe 5, W.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Als weiterer Fehler wird uns mitgetheilt, daß in **Wiesbaden** ein Mitglied vor Beginn seiner dritten Tour 28 Wochenbeiträge (also für über ein halbes Jahr) nachbezahlt habe. Nach § 9 Abs. 2 des Statuts ist die Ortsverwaltung (resp. der Vertrauensmann) berechtigt, die Beiträge auf 13 Wochen zu stunden, mithin darf der nachzuzahlende Rest an Beiträgen auch nicht 13 Wochen übersteigen. Diejenigen, welche länger restiren, können höchstens wieder von Neuem beitreten, aber auf keinen Fall diese Reste nachbezahlen.

Sodann bringen wir hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß laut Beschluß des Vorstandes und Ausschusses in der am 3. Januar ds. J. gemeinsam abgehaltenen Sitzung die **Neuwahl der Ortsverwaltung alljährlich im Monat Januar** in Gemäßheit des § 14 Abs. 2 des Statuts stattfinden hat.

Die reisenden unterstützungsberechtigten Mitglieder, die Desterreich passieren, warnen wir hierdurch dringend davor, bei dem **Reise-Unterstützungsverein der Feilenhauer von Bernau** um Unterstützung anzusprechen oder solche von diesem Verein in Empfang zu nehmen, da dies auf Beschluß der österreichischen Zentralvereinsleitung die Geschenkentziehung für ganz Desterreich-Ungarn zur Folge hat.

Das Mitgliederbuch 20097 des Schlossers Jakob Frühlich, geb. 3. März 1871 zu Drenenthal, wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Former Heinrich Zollinger, geb. den 10. August 1845 zu Ortweil, eingetretet am 16. Mai zu Offenbach a. Main, wird nach § 3 Abs. 7a aus dem Verband ausgeschlossen. Zollinger hat seit Ende April keine Beiträge mehr bezahlt und suchte das Buch den Anzählern dadurch als in Ordnung befindlich erscheinen zu lassen, daß er die vom August bis Dezember 1891 bezahlten Beitragsmarken von der ersten Seite loslöste und auf die zweite Seite für 1892 klebte, sodas jeder fälschlich Revidirende in den Glauben versetzt wurde, als habe Zollinger bis Ende September bezahlt.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: **Former von Köln a/Rh., Feilenhauer von Hagen, Feileren i. W., Bernsdorf b. Dresden und Ludwigs-hafen a/Rh.**

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart,
Schloßerstraße 21, I,
zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken,

da sich in letzter Zeit eine große Bauzeit bemerkbar machte. Unsere Mitgliederzahl könnte sich bereits auf das Doppelte vermehrt haben, aber wie überall denken hier auch viele: „Wir gehen doch nicht mehr auf die Kette und haben das nicht mehr nötig.“ Sie bringen lieber ihre saner verdienten Groschen nach dem Tanzboden. Nach unserer Ansicht sind die hiesigen Metallarbeiter auch nicht auf Rosen gelettert, denn die Arbeitszeit beträgt 11—12 Stunden trotz des klauen Geschäftsganges, und dabei unzureichender Verdienst! Darum, Metallarbeiter von Oldesloe, rufen wir Euch zu: Tretet ein in unsere Reihen, schließt Euch dem Deutschen Metallarbeiterverbände an. Die Adresse unseres Bevollmächtigten ist: Posthorst, 3.

Stettin. Am 4. November fand im Lokale des Herrn Mehnert in Grabow eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Nachdem das Bureau aus den Kollegen Goffow, Büllke und Schmitt gebildet worden war und die Redatoren über die Abrechnung des Vertrauensmannes Bericht erstattet hatten, nahm Kollege Stabernack aus Berlin zu einem Vortrage über die heutige Arbeitslosigkeit und den Fortschritt und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation das Wort. Redner schloß in treffender Weise die heutige Prostitution des Kapitals, die maschinelle Entwicklung, welche der Kapitalist sich allein zu Nuzen gemacht habe, um den Arbeiter immer mehr auszubeuten. So sei der Preis der Kohle innerhalb 2 Jahren um fast das Doppelte gestiegen. Wo seien aber dementsprechend die Löhne geblieben? Frankfurt habe den Ausdruck gethan: „Wenn der Faden nicht mehr mit der Hand, sondern mit der Maschine geführt werde, dann kämen goldene Zeiten für den Arbeiter.“ Die Erfindung soll ein Segen sein für die Arbeiter, wird aber ein Fluch für sie, weil sie Arbeitslosigkeit im Gefolge habe. Der Arbeiter habe kein rechtes Klassenbewußtsein. Dasselbe sagte einmal: „Ihr deutschen Mittelstand zufrühen mit einem Stück Brod und schlechter Wurst.“ Warum nimmt der Kapitalist nicht Veranlassung, die Arbeitszeit zu verkürzen? Weil er eine möglichst große Heeresarmee von Arbeitslosen haben will, um die Arbeitenden zu drücken zu können. Wir wollen gern einige Arbeitsstunden an unsere darbenenden Arbeitsbrüder abgeben, die gegenwärtigen die Landwirthe bewillern. Wenn auch den Arbeitern Hirsch-Dunder'scher Achtung, die sich an einer Arbeitsbeeinträchtigung nicht beteiligten, das Versprechen seitens des Direktors einer hiesigen Fabrik gegeben worden ist, ihnen das nicht zu vergessen und sie stets bevorzugt zu wahlen, so ist dieses Versprechen mit — einer durchschnittlichen Bohrreduktion eingelöst worden. Brauche der Staat neue Gewehre, so werde Tag und Nacht gearbeitet und die Arbeit würde in einigen Wochen fertig gestellt, wonach die Arbeiter wieder in großen Massen entlassen würden. Würden täglich nur 8—9 Stunden gearbeitet, so würde die Arbeit länger dauern und eine große Anzahl Arbeiter müßte eingestellt werden, brauchte also nicht zu darben. Man will aber von einem Nothstand immer noch nichts wissen, obgleich Leute hinterm Jann verhungerten. Die Männerarbeit werde immer mehr und mehr durch die Frauen- und Kinderarbeit verdrängt. Letztere wird z. B. in der Zigarrenarbeiterbranche in Westfalen so ausgebeutet, daß sogar auf den Arbeitsplätzen der Kinder Strohsäcke ausgelegt werden, damit dieselben, wenn sie vor Müdigkeit umfallen, gleich weiter schlafen können. Als im Anfang der 60er Jahre die Produktion in andere Bahnen gelenkt wurde, wurden Organisationen geschaffen; man sagte sich: vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir Alles. Die Arbeiter erinnern sich aber erst der Organisation, wenn es ihnen schlecht geht. Nach Ausdruck bedeutender Männer sind die Organisationen der Arbeiter ein Machtmittel, um den Übergriffen des Kapitals einen Damm entgegenzusetzen zu können. Tessenborn sagte: Man geröhre den Arbeitern die Organisationen und die Macht derselben ist gebrochen. S. Jacobi aber sagte: Die kleinste Organisation ist eine gewonnene Schlacht. Darum ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der Organisation anzuschließen. Wenn eine Organisation nicht stark genug ist, so müßten sich alle vereinigen zu einem Gewerkschaftskartell, um widerstandsfähiger zu werden bei Streiks und das Herbergswesen in einer für uns befriedigenden Weise zu regeln. — Zur Diskussion führte ein Kollege aus, bei Möllern und Holberg habe eine Lohnreduktion von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde stattgefunden, es bestie dort ein Lohn von 19 $\frac{1}{2}$ für Familienväter; er rufe den Metallarbeitern zu, sich zu organisieren. Herr Stojch (Hirsch-Dunder) gab den Ausführungen des Referenten seine volle Zustimmung und ermohate gleichfalls zum organisieren. Kollege Stabernack wandte sich in seinem Schlußwort gegen die Ausführungen Stojch's, der nur für den Gewerkschaften agitiert habe. Jeder Metallarbeiter müsse ein Agitator für die Organisation werden, nur wenn wir alle derselben

angehörten, könnten wir siegen. Stärklicher Beifall lohnte dem Referenten seinen trefflichen Vortrag. Zu Delegierten zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Runge, Schmitt und Schöffler gewählt, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen wurde.

Schalke. Derjenige, der die Verhältnisse im benachbarten Gelsenkirchen nicht kennt, denkt vielleicht, dieselben sind die besten. Leider ist dies aber nicht der Fall und wir fühlen uns veranlaßt, einen Fall zu schildern. Ein Klempnermeister, Adolf Sporing, zeigte sich in der letzten Zeit sehr human gegen seine Gehilfen. In seiner Werkstatt arbeiten deren 4 und besitzen diese zusammen einen Böhlofen, der höchstens den Anforderungen von 2 Personen genügen kann. Eines Tages war wieder bis 5 Uhr auf Bau gearbeitet worden und fanden sich zu Hause noch viele Reparaturen vor, die aber nicht alle bis halb 8 Uhr Abends bewältigt werden konnten, es blieben einige Stücke zurück, was den Herrn Sporing in eine solche Wuth versetzte, daß er den einen Gehilfen folgendermaßen anfuhr: „Wenn ich verlange, daß die Reparaturen fertig gemacht werden sollen, so müßten sie fertig werden.“ Als der Gehilfe darauf antwortete, daß er keinen Böhlofen gehabt habe, weil sie alle in Gebrauch gewesen waren, meinte der Herr: „Von so elnem Lappen von Jungen lasse ich mir das überhaupt nicht sagen, Sie Döskopf, Sie Affe, halten Sie nicht das Maul, dann bekommen Sie welche in den Nacken.“ Kommentar überflüssig!

Warstein. Ich arbeitete seit dem 29. Juli 1892 in dem hiesigen „Wartsteiner Gruben- und Hüttenwerk“ (benannt St. Wilhelmshütte) als Schlosser. Da nun hier von gelingenden Unterhaltungen keine Ahnung war, fühlte ich mich veranlaßt, mir verschiedene Zeitschriften anzuschaffen, so z. B. „Wahrer Jakob“ etc., die ich mehreren Kollegen zu lesen gab. Am 18. November bekam ich wie gewöhnlich benannte Zeitschrift mit sonstigen Schriften zugesandt; jedoch fehlte 2 Minuten dauerte es, war „Jemand“ da, der die Schriften konfiszierte. Am 19. d. M. wurde ich vor Gericht geladen, es wurde mir dort klar gemacht, daß ich den „Wahren Jakob“ zu 10 $\frac{1}{2}$ verurteilt habe und wurde ich zugleich als Korrupteur und Agitator hingestellt und dafür zum Schluß zu 30 $\frac{1}{2}$ Geldstrafe verurteilt. Selbigen Tages, 7 Uhr Abends, bekam ich von dem Hüttendirektor meine sofortige Entlassung, mit dem Bemerkten, daß solche Leute, welche solche Gesinnung haben, bei ihm nicht beschäftigt werden. Der Lohn ist hier 15—22 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Solche „Hinterlist“, wie sie hier unter den Arbeitern herrscht, habe ich noch nie erlebt. Alle Kollegen warne ich vor der St. Wilhelmshütte in Warstein! Sämtliche arbeitserfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Als weiterer Fehler wird uns mitgetheilt, daß in **Wiesbaden** ein Mitglied vor Beginn seiner dritten Tour 28 Wochenbeiträge (also für über ein halbes Jahr) nachbezahlt habe. Nach § 9 Abs. 2 des Statuts ist die Ortsverwaltung (resp. der Vertrauensmann) berechtigt, die Beiträge auf 13 Wochen zu stunden, mithin darf der nachzuzahlende Rest an Beiträgen auch nicht 13 Wochen übersteigen. Diejenigen, welche länger restiren, können höchstens wieder von Neuem beitreten, aber auf keinen Fall diese Reste nachbezahlen.

Sodann bringen wir hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß laut Beschluß des Vorstandes und Ausschusses in der am 3. Januar ds. J. gemeinsam abgehaltenen Sitzung die **Neuwahl der Ortsverwaltung alljährlich im Monat Januar** in Gemäßheit des § 14 Abs. 2 des Statuts stattfinden hat.

Die reisenden unterstützungsberechtigten Mitglieder, die Desterreich passieren, warnen wir hierdurch dringend davor, bei dem **Reise-Unterstützungsverein der Feilenhauer von Bernau** um Unterstützung anzusprechen oder solche von diesem Verein in Empfang zu nehmen, da dies auf Beschluß der österreichischen Zentralvereinsleitung die Geschenkentziehung für ganz Desterreich-Ungarn zur Folge hat.

Das Mitgliederbuch 20097 des Schlossers Jakob Frühlich, geb. 3. März 1871 zu Drenenthal, wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Former Heinrich Zollinger, geb. den 10. August 1845 zu Ortweil, eingetretet am 16. Mai zu Offenbach a. Main, wird nach § 3 Abs. 7a aus dem Verband ausgeschlossen. Zollinger hat seit Ende April keine Beiträge mehr bezahlt und suchte das Buch den Anzählern dadurch als in Ordnung befindlich erscheinen zu lassen, daß er die vom August bis Dezember 1891 bezahlten Beitragsmarken von der ersten Seite loslöste und auf die zweite Seite für 1892 klebte, sodas jeder fälschlich Revidirende in den Glauben versetzt wurde, als habe Zollinger bis Ende September bezahlt.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: **Former von Köln a/Rh., Feilenhauer von Hagen, Feileren i. W., Bernsdorf b. Dresden und Ludwigs-hafen a/Rh.**

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart,
Schloßerstraße 21, I,
zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken,

ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelassen Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, nongehprotokolle, Delegiertensteuer oder Generalkommissionenmarken ist.

Mit kollegialen Gruß! Der Vorstand.

Für die Notleidenden in Hamburg-Altona

sind Unterzeichnetem zugesandt von: Helme durch Th. Dieckhoff 17, Annen durch W. Pfaffenhofer 14.75, Dinglingen durch Müller 8.00, Elyrum durch Fahrenknecht 11.80, Elegen durch W. Hild (abreißbar an D. Schulz) 20, Albi a. Rh. durch Weisbach 100, Sa. 171.67. Diese Summe ist, laut Beschluß, der Expedition des „Hamb. Echo“ übermitteln. Allen Gebern besten Dank.

Im Auftrag: G. Hemme.

Quittung.

Bei den Unterzeichneten sind für die in Folge der Cholera notleidenden Mitglieder eingegangen (bis 28. Oktober 1892, siehe Nr. 45 d. Bl. Nr. 1125,50): Von J. Ditmannheim, Nekar-Vorstadt und Lindenhof Nr. 50, A. Helmich-Spandau 23,85. Von den Metallarbeitern in Kaff durch von der Heyden, 2. Rate 97. B. Wierensfeld-Nachen 4. W. Becker-Burgen 5,24. G. Müller-Berlin V 13. G. Pfau-Plagwitz 12. N. Schwarz-Schwabberg 8,40. N. Grotte-Königsberg 24,10. C. Butenschön - Rendsburg 15,80. H. Fuchs-Danabrück 50. W. Fanny-Oberhill 110. J. Schmid-Schweinfurt 22,90. J. Bonmann und B. Pop-Hochfeld 24,17. C. Genteroff-Brackweide 25. W. Söchter-Fingern 121. J. Fuhrn-Gerresheim 15. W. Keller-Mer 10. N. Gorn-Berlin IV 18,70. D. Mose-Freiburg i. B. 5,15. F. Gärner-Fürth 40. C. Koch-Altendorf 30,40. B. C. Erschke-Zwickau 7,50. A. Schindler-Berlin III 6,50. C. Kaufmann-Dessau 5,25. Summa: M 1870,46.

Unterstützung wurde bis 26. Nov. 1892 gewährt in 55 Fällen und wurde bisher noch Keiner zurückgewiesen. Allen Gebern unsern besten Dank.

Hamburg, 26. Nov. 1892.

Mit Gruß G. G. Brand. C. Deisinger. H. Mielenz.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. P. W. Dieck Verlag) ist soeben das 9. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Allerlei Kritik. — Buffalo und Lennette. Von F. A. Sorge. (Schluß). — Militarismus und Militärworte. — Notizen: „Zur Kritik der freien Volkshilfe.“ (Eine Erwiderung). — Feuilleton: Kunde von Argemosa. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris (Fortsetzung).

Sozialpolitische Zentralblatt (herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von S. Guttenberg in Berlin). Aus dem Inhalt der Nummer 8 heben wir hervor: Zur Diskussion der Frage der Arbeitslosenstatistik. Von Dr. Adolf Braun. — Eine Enquete über die Wirkungen des Gemeindegemeindefonds auf die Gemeindefinanzen. Von Adolf Damaschke. — Das Alter der ehelichen Personen. Von Dr. Zug. — Die Ausbeutung des städtischen Gewerbebetriebes in Preußen. — Sozialreformatorische Forderungen der liberalen Unionisten in England. — Die Reichskommission für Arbeiterkassisten in sozialdemokratischer Beurteilung. — Sozialstatistische Erhebungen in Baden. — Zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich. — Kongreß der österreichischen Buchdrucker. — Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Kostspieligkeit der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung. — Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Handlungsgeschäften. — Beförderung von Stadterweiterungen in Preußen.

Im Verlage von Gerhard Köhmann in Dresden ist erschienen: Deutscher Schlosser- u. Schmiedekalender 1893. 12. Jahrgang. In vier Abtheilungen. Ein praktisches Hilfs- und Nachschlagebuch für Schlosser, Schmiede, Werkführer, Monteur und Metallarbeiter aller Art. 1. Allgemeine Abtheilung (Hauptabtheilung, Preis in Originalband nur M 1,50, in Briefschloßband M 3. 2. Abtheilung für Bauarbeiter, Preis M 1. 3. Abtheilung für Kunstschlosser, Preis M 1. 4. Abtheilung für Hüftschmiede, Preis M 1. Jede Abtheilung ist einzeln käuflich. Inhaltsverzeichnis der Allgemeinen Abtheilung. Preis, Winkel und Kurven. — Zapfen, Streden, Flächen und Körper. — Maße. — Gewichte. — Materialien. — Arbeitsweisen. — Anstreichen, Bedienen. — Praktische Hand- und Kunstgriffe. — Berechnung der Träger und Stützen. — Berechnung der Treibriemen. — Berechnung

der Zahnäder. — Preussische Einkommensteuer. — Auszug aus dem preussischen Gewerbesteuergesetz. — Wechselstempel. — Zählungstabelle. — Brennmaterialien. — Zweckmäßige Ventilationsrichtung für Werkstätten. — Das Kochen der Döner. — Tabelle zur Berechnung eiserner Säulen mit Anleitungen. — 20 Regeln für den Gebrauch von Treibriemen. — Verschiedenes über Rohrleitungen. — Praktische Winke. — Das Fachzeichnen für Schlosserlehrlinge an gewerblichen Fachschulen. — Technische Notizen. — Literatur für Schlosser und Schmiede. — 8 Tafeln Vorlagen für Bauarbeiter. — Im gleichen Verlage erscheint auch: Kalender für Maschinen-Ingenieure. Preis gebunden M 8. Lederband M 4. Briefschloßband M 5.

Briefkasten.

I. D. Braunschweig. Wir erhielten keinen Bericht.

Pöfeldorf. Wir können unmöglich einen solchen Bericht von Jemand aufnehmen, der uns ganz unbekannt, von dem Orte abreißt und keinerlei Anhalt bietet, wo wir ihn finden können, falls Klage erhoben würde.

B. Erfurt. Wer sich anschuldigen läßt, möge, um zu seinem Gelde zu kommen, die Gerichte in Anspruch nehmen. In unserer Zeitung Privatschuldner sind Briefe nachzusenden, geht nicht an. Dergleichen Anzeigen wandern in den „Orkus“. — Was das „gute Gedächtnis“ betrifft, so danken wir bestens für das Kompliment, bei etwas Nachdenken würden Sie aber finden, daß wir eine Adresse nicht eher ändern können als wir den Brief haben, und als derselbe eintraf, war das Paket längst auf der Post.

An der theilweise verspäteten Sendung der vorigen Nummer ist eine Störung am Motor schuld.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ashersleben. Allen durchreisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Zentralherberge „Hinter dem Thurm“ in der „Zentralhalle“ (C. A. Dietrich) befindet.

Baut. Mittwoch, 7. Dez., Abds. 8 Uhr, im „Panter Hof“ Versammlung. L. D.: Hebung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag: „Die Unternehmervereine“. Referent: Kollege Höhne. Fragekasten. Verschiedenes.

Braunschweig. (Sektion b. Schlosser, Maschinenbauer u. v. d.) Sonnabend, den 10. Dezbr., Abends halb 9 Uhr im „Pring Wilhelm“, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Entziffern der Beiträge. Verwendung eines Fonds vom früheren Verein der Schlosser und Maschinenbauer u. v. d. Braunschweigs, event. Beschlußfassung darüber. Anträge zur Umänderung des Reglements der Arbeitslosenunterstützung und Regelung derselben. Verschiedenes. — NB. Die Mitglieder des im Punkt 2 aufgeführten Vereins, soweit dieselben noch Rechte an denselben zu haben glauben, werden ersucht, zu erscheinen.

Bremervorhaben. (Sektion b. Klempner.) Sonnabend, 10. Dez., Abends halb 9 Uhr im „Kolosseum“, Versammlung. — Den zureichenden Kollegen zur Nachricht, daß unsere Herberge von jetzt an beim Gastwirth Herrn Drehtmeier zu Bremerhaven, Osterstraße, ist.

Cannstatt. Samstag, 3. Dez., Abends präzis 8 Uhr im „Gasthaus zum Hirsch“, Versammlung sämtlicher Mitglieder der 3 hiesigen Verwaltungstellen. L. D.: Vortrag von Genosse Schilde über: „Die amerikanischen Gewerkschaften.“ Verschiedenes.

Frankenthal. Samstag, 10. Dezbr., Versammlung im Lokal Groß. L. D.: Vortrag. Verschiedenes.

Gera. Sonnabend, 3. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, Versammlung in Becker's Restaurant. L. D.: Vortrag. Rechenschaftsbericht für Sept.-Okt. — Unsere Herberge befindet sich jetzt „Brenzlauer Hof“ (Zentralherberge für alle Gewerkschaften Gera). — Außerdem findet jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. — Aktive Mitglieder werden auf § 3a aufmerksam gemacht.

Hilfrow. Sonnabend, 3. Dezember, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Roden.

Halberstadt. Sonntag, 4. Dezember, Feier unseres diesjährigen Stiftungsfestes im „Obem“, bestehend in Konzert und Ball. Anfang halb 7 Uhr.

Hamburg. (Sektion aller in Selbstgereien, Gürtlerien und Metallbereien beschäftigten Arbeiter.) Mittwoch, 7. Dezbr., Abends halb 9 Uhr bei Herrn von Salzen, Kassamacherstraße, Mitglieder-Versammlung.

Jayman. Sonnabend, 3. Dez., erstes Stiftungsfest unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Niedertranz“. Wir laden hierzu die Kollegen von Siegnitz und Bunzlau

ganz besonders zur Theilnahme ein. — Die nächste Versammlung findet Sonnabend, 10. Dezember statt.

Jayman. Das Vereinslokal ist verlegt, die nächste Versammlung findet am 8. Dez. in der „Schwedischen Krone“ statt. Genosse Hartmann wird einen Vortrag über „Elektrizität und Kleingewerbe“ halten.

Jos. Samstag, 8. Dez., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Restaurant „Saalschloßchen“. L. D.: Wahl des Kassiers und Schriftführers. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes.

Jferlohn. Sonntag, 4. Dezbr., Vormittags halb 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokale des Herrn Brenn-schmidt. Tagesordnung im Lokal.

Kaiserlautern. (Allgem.) Sonntag, 4. Dezbr., Nachm. halb 4 Uhr im „Saalbau“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Königsberg i. Pr. Montag, 5. Dez., Abends 8 Uhr, Münchendorf 7, Versammlung. L. D.: Geschäftliches. Vortrag, Referent Genosse Quessel. Verschiedenes und Fragekasten. Aufnahme von Mitgliedern.

Leipzig. Die Verhandlungsmitglieder der Firma Schelter & Stiefede werden gebeten, ihre Mitgliedsbücher an ihre Vertretungsbelegten zu übergeben; ebenfalls sind sie verpflichtet, je eine Karte der Generalkommission zu 10 J zu entnehmen. — Alle Restan-ten werden aufgefordert, ihre Beiträge zu entrichten, wer mehr als 8 Wochen restirt, wird ausgeschlossen, sofern er nicht um Ein- dung nachgesucht hat. — Der Klempner Julius Lehner, geb. am 27. April zu Berlin, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Jahrsliste Leipzig gegenüber nachzukommen; derselbe hat sich jedenfalls nach Berlin gewandt. — Ebenso befindet sich seit April ds. Js. das Mitgliedsbuch von Otto Leitzmann, Klempner aus Forst (M. S.), eingetreten 1. August 1891 in Kasse, in meinen Händen. Derselbe wird um seine Adresse gebeten. — Da sich das Kolportage-System sehr gut bewährt hat, es jedoch noch immer an genügenden Kräften fehlt, so werden alle Kol-legen, welche Interesse an ihrer Organisation besitzen, ersucht, sich zur Arbeitslosenunterstützung Freitag Abends von 9-10 Uhr im Restau-rant Jäger, Blockenstraße 4 zu melden. Je mehr Kollegen sich melden, desto kleiner die Arbeitslast für jeden Einzelnen. Otto Wät- hel, Vertrauensmann, Leipzig-Mitt., Lange-straße 17, 11.

Lübeck. Mittwoch, 7. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Deele, Lebererstr. 8.

Magdeburg. Sonnabend, 10. Dezbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei O. Hoppe, Brauehrichstr. 3. L. D.: Der 1893 stattfindende internationale Arbeiterkongreß in Zürich. Weiteres in der Ver-jammlung.

Münster a. Rh. Samstag, 3. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, General-Versam-mung. L. D.: Einzahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Geschäftliches Verschiedenes. Es wird ersucht, die Mitglieds-bücher mitzubringen.

Münsterberg. (Sektion b. Metallbrüder.) Samstag, 3. Dez., Mitglieder-Versam-mung. — Sonntag, 4. Dezbr., Vorschlag: „Zum weißen Elephanten“, Jakobstr.

Münsterberg. (Sektion der Schlosser.) Sonntag, 4. Dez., Vorschlag in die „Jäger-ruh“, Landgrabenstr. — Samstag, 10. Dez., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal. — Behufs Revision der Bibliothek sind bis 24. Dezember sämtliche Bücher ein-zuliefern, andernfalls sie durch den Vereins-dienner gegen Gangegebühren abgeholt werden.

Münsterberg. (Sektion der Reitzgug-Industrie.) Sonntag, Vorschlag in die Wirth-schaft zum „Trophäen“, Enderstraße, nächst dem Aufseehplatz.

Münsterberg. (Sektion der Roth- und Glodengießer.) Sonntag, 11. Dezbr., „Sulzbacher Bierhalle“, Sulzbacher Straße.

Münsterberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 10. Dez., Abds. 8 Uhr im Restaurant „Sängertranz“, Dösch-mannsplatz, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Münsterberg. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 11. Dezember, Nachm., Vorschlag in die Wirthschaft Burs, Glashammer 1.

Pforzheim. Samstag, 3. Dez., Abds. 8 Uhr im „gold. Löwen“ Mitglieder-Versammlung. L. D.: Vortrag. Verschiedenes. — Die Mitgliedsbücher können abgeholt werden. — Sonntag, 4. Dez., Abends 6 Uhr im „gold. Löwen“ (ob Saal) Stiftungsfest, verbunden mit Weihnachtsfeier und Gaben-verlosung. Die Mitglieder mit Familien-angehörigen werden hierzu freundlichst einge-laden. Einführung gestattet.

Pforzheim. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 11. Dezember, Nachm., Vorschlag in die Wirthschaft Burs, Glashammer 1.

Pforzheim. Samstag, 3. Dez., Abds. 8 Uhr im „gold. Löwen“ Mitglieder-Versammlung. L. D.: Vortrag. Verschiedenes. — Die Mitgliedsbücher können abgeholt werden. — Sonntag, 4. Dez., Abends 6 Uhr im „gold. Löwen“ (ob Saal) Stiftungsfest, verbunden mit Weihnachtsfeier und Gaben-verlosung. Die Mitglieder mit Familien-angehörigen werden hierzu freundlichst einge-laden. Einführung gestattet.

Pforzheim. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 11. Dezember, Nachm., Vorschlag in die Wirthschaft Burs, Glashammer 1.

Pforzheim. Samstag, 3. Dez., Abds. 8 Uhr im „gold. Löwen“ Mitglieder-Versammlung. L. D.: Vortrag. Verschiedenes. — Die Mitgliedsbücher können abgeholt werden. — Sonntag, 4. Dez., Abends 6 Uhr im „gold. Löwen“ (ob Saal) Stiftungsfest, verbunden mit Weihnachtsfeier und Gaben-verlosung. Die Mitglieder mit Familien-angehörigen werden hierzu freundlichst einge-laden. Einführung gestattet.

Pforzheim. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 11. Dezember, Nachm., Vorschlag in die Wirthschaft Burs, Glashammer 1.

Kontingen. (Allg.) Samstag, 8. Dez., Hauptversammlung im Lokal. Tages-ordnung im Lokal. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen und ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. — Die säumigen Mitglieder werden ersucht ihren Verpflichtungen nachzu-kommen.

Kosensheim. Sonntag, 4. Dezbr., Vor-mittags 10 Uhr, Mitglieder-Versam-mung. L. D.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorgani-sationen.“ Verschiedenes.

Kosensheim. Sonnabend, 10. Dez., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Brunnenhalle“. Tagesordnung im Lokal.

Schweinfurt. Sonntag, 4. Dez., Abds. 8 Uhr, Familienabend, und Samstag, 10. Dezbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Fränkischen Hof“. Tages-ordnung im Lokal.

Siegen. Die Adresse des jetzigen Be-vollmächtigten ist: Wilh. Kuhn, Charlotten-straße 207/9.

Stuttgart. Samstag, 8. Dezbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der altdonischen Bierstube von G. Weß. L. D.: Vortrag über Elektrotechnik mit Erläuterung eines Apparats. Referent: Herr Arlt, In-genieur. Verschiedenes. — Bekanntmach-ung. Bezüglich der Notiz der Stuttgarter Zentralherberge weisen wir darauf hin, daß die Herberge des Verbandes deutscher Metallarbeiter sich im „Gasthaus zum Ritter“ befindet.

Weimar. Sonnabend, 8. Dez., Abends 8 Uhr in Sonnborf's Restaurant, kleine Kirch-gasse 9, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Tagesgaben und Aufnahme neuer Mit-glieder. Stellungnahme zur Metallarbeiter-konferenz für Thüringen. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher vor Jahreseschluß in Ordnung zu bringen.

Wolfenbüttel. Sonnabend, 10. Dez., Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Buch-halter, Wallstr., Mitglieder-Versam-mung. L. D.: Aufnahme neuer Mitglieder, Kassenanangelegenheiten. Wahl der Disber-waltung. Innere Verbandsangelegenheiten.

Weimar. (Verein der Metallarbeiter a. Br.) Sonntag, 4. Dezbr., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Auf-nahme neuer Mitglieder. Vortrag: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation.“ Referent: Genosse Hentschel. Fragekasten. Verschiedenes. — NB. Verbandsmitglieder, welche dem Verein noch nicht angehören, wer-den ebenfalls dazu eingeladen.

Weimar. (Verein der Metallarbeiter a. Br.) Sonntag, 4. Dezbr., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Auf-nahme neuer Mitglieder. Vortrag: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation.“ Referent: Genosse Hentschel. Fragekasten. Verschiedenes. — NB. Verbandsmitglieder, welche dem Verein noch nicht angehören, wer-den ebenfalls dazu eingeladen.

Anzeigen.

Verlag von B. F. Voigt in Weimar. Der Schlosser. Praktisches Handbuch für Schlosser aller Zweige. Enthaltend: Gewinnung, Eigenschaften und Bearbeitung der Metalle; Beschläge für Fenster und Thüren; Anordnung und Bau der Schloßer und Scherheitschloßer; Anlage von Mischbletern, Gas- und Wasserleitungen und Hausel-Grophen. Von A. Lüdicke, Professor an der technischen Hochschule in Braunschweig. Zweite verbesserte Auflage. Mit einem Atlas von 22 Tafeln, enth. 950 Figuren. gr. 8. Geh. 10 M. Vorrätig in allen Buchhandlungen.

Grünberg i. Schl. Engl. Shag, Cigarren, Cravatten, Hüte m. Kontr.-Marke 2c. 2c. bet Julius Kurzweg, Niederthorstr. 6. Unserem Genossen Friedrich Seyrang, Eisengießer, bei seiner Abreise ein herzliches Lebewohl. Die Ortsverwaltung Wridenheim. Mit dieser Nummer gelangt Nr. 26 des „Correspondenzblatt“ zum Versandt.